



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

RUSSLANDS MILITÄR- UND SICHERHEITSPOLITIK

- | | | | |
|--|----------|--|----|
| <p>■ ANALYSE
Harte Zeiten?
Verteidigungsausgaben und Wirtschaft in
Russland
Richard Connolly, Birmingham</p> | 2 | <p>■ UMFRAGE
Umfragen zur Bewertung des Jahres 2016 und
Erwartungen für 2017</p> | 17 |
| <p>■ ANALYSE
Immer noch auf der Suche:
Die OVKS als gemeinsamer politischer und
militärischer Rahmen
Stephen Aris, Zürich</p> | 7 | <p>■ RANKING
Die 50 wichtigsten Politiker Russlands 2015
und 2016</p> | 18 |
| <p>■ ANALYSE
Russlands modernisiertes Militär:
Die Lehren aus der Krim und aus Syrien
Bettina Renz, Nottingham</p> | 11 | <p>■ AUS RUSSISCHEN BLOGS
Hybrid oder autoritär?
Debatte um das politische System in Russland
Sergey Medvedev, Berlin</p> | 21 |
| <p>■ UMFRAGE
Umfragen zu den Streitkräften Russlands
Umfragen zu Feindbildern in der russischen
Gesellschaft</p> | 14
16 | <p>■ NOTIZEN AUS MOSKAU
Sehnsucht nach der »guten alten Zeit« –
25 Jahre nach dem Ende der Sowjetunion
Jens Siegert, Moskau</p> | 24 |
| | | <p>■ CHRONIK
1. – 19. Januar 2017</p> | 28 |

Harte Zeiten?

Verteidigungsausgaben und Wirtschaft in Russland

Richard Connolly, Birmingham

Zusammenfassung

Angetrieben von dem ehrgeizigen Plan, die Streitkräfte zu modernisieren und die erweiterte rüstungsindustrielle Basis zu verbessern, sind die Verteidigungsausgaben in Russland seit 2010 drastisch angehoben worden. Zwei Jahre Rezession und düstere Wachstumsprognosen haben die Politik jedoch dazu genötigt, einige harte Entscheidungen über die Verteilung der öffentlichen Gelder zu treffen. Der kürzlich verabschiedete Haushaltsplan für 2017 bis 2019 sieht eine Kürzung der Ausgaben für Verteidigungszwecke wie auch insgesamt vor. Während das ein Signal sein könnte, dass die Phase der schnell ansteigenden Verteidigungsausgaben vorbei ist, zeigt jedoch ein genauerer Blick auf die vorgelegten Haushalte, dass die Rüstungsindustrie und das Militär für die russische Führung wichtig bleiben.

Das Auf und Ab der russischen Verteidigungsausgaben ...

Angetrieben von dem ehrgeizigen Plan, die Streitkräfte zu modernisieren und die erweiterte rüstungsindustrielle Basis zu verbessern, sind die Verteidigungsausgaben in Russland in den letzten Jahren drastisch angehoben worden. Aus dem am 9. Dezember verabschiedeten Haushaltsplan für die Jahre 2017–2019 geht jedoch hervor, dass die Verteidigungsausgaben – bezogen auf ihren Anteil an den öffentlichen Ausgaben, wie auch am Bruttoinlandsprodukt (BIP) – in den kommenden Jahren durchaus zurückgehen könnten. Vor dem Hintergrund des militärischen Eingreifens Russlands in den Krieg in Syrien und inmitten einer Phase zunehmender Spannungen zwischen Russland und dem Westen mag eine solche Lockerung der Verteidigungslasten überraschen. In diesem Beitrag soll die Dimension der geplanten Kürzung der Verteidigungsausgaben untersucht werden. Darüber hinaus werden die möglichen Auswirkungen der geplanten Ausgaben auf die Zukunft der russischen Pläne zu Umrüstung und Modernisierung der Streitkräfte erörtert. Diskutiert werden sollen auch die Folgen für die kurzfristige wirtschaftliche Entwicklung des Landes.

Von der Neuausrüstung ...

Der dringende Bedarf zur Um- und Neuausrüstung der Streitkräfte war nach dem Krieg mit Georgien offensichtlich geworden. Ende 2010 erließ der damalige Präsident Dmitrij Medwedew ein staatliches, über 10 Jahre laufendes Rüstungsprogramm (»gosudarstwen-naja programma wooruschenija«, im Weiteren: GPW-2020), durch das die Streitkräfte Russlands bis 2020 umgerüstet und modernisiert werden sollten. Es sollten hierfür nicht nur beträchtliche Mittel bereitgestellt werden (mehr denn je seit dem Ende der Sowjetunion), es wurde auch angestrebt, dass das GPW-2020 durch Investitionen in die Modernisierung des Anlagever-

mögens die russische Rüstungsindustrie wiederbeleben würde. Somit war das GPW-2020 ein Versuch, die russischen Streitkräfte zu modernisieren und gleichzeitig die Rüstungsindustrie des Landes zu erneuern. Das brachte Präsident Putin sogar dazu, die Hoffnung zu verkünden, dass die Rüstungsindustrie zum Zugpferd der technologischen Entwicklung für die übrige Wirtschaft werde. Als der Rüstungs- und Modernisierungsprozess in Schwung kam, stiegen die russischen Gesamtausgaben für das Militär von 3,8 % des BIP (2010) auf 5,4 % im Jahr 2015. Innerhalb dieser Ausgaben stiegen die Mittel für die »Staatlichen Aufträge zu Verteidigungszwecken« (»Gosudarstwennyj oboronnyj zakaz« – GOS) von einem Prozent des BIP (2010) auf 2,4 % im Jahr 2015 (Die Schätzungen zu den Ausgaben über GOS stammen von Prof. Julian Cooper, Universität Birmingham; R.C.). Dies wurde durch staatlich garantierte Kredite (SGK) ergänzt, die über Banken in Staatsbesitz angeboten wurden, wie auch durch indirekte Finanzierung, die über andere Ministerien erfolgte, etwa das Ministerium für Handel und Industrie, das die Entwicklung von militärisch nutzbaren Industrieprojekten förderte.

Diese Finanzspritzen für die Rüstungsindustrie verursachten eine Umorientierung bei der Zuschneidung der staatlichen Ausgaben auf föderaler Ebene. 2010 beliefen sich die Militärausgaben auf 15,9 % der föderalen staatlichen Ausgaben; bis 2015 war der Anteil auf 25,8 % angewachsen. 2015 entfielen allein auf die GOS (einschließlich staatlich garantierter Kredite) nahezu 12 Prozent der zentralstaatlichen Ausgaben, 2010 waren es noch weniger als 5 Prozent gewesen. Mit Militärausgaben, die laut SIPRI (»Stockholm International Peace Research Institute«) 2015 auf 5,5 % des BIP gestiegen sind, lagen die Verteidigungslasten in Russland erheblich über dem Durchschnitt der NATO-Länder (1,5 % des BIP) und denen in den USA (3,3 %) und in China (1,9 %). Für einige Beobachter bedeutete diese

Umorientierung bei den Verteidigungsausgaben ein beunruhigendes Zeichen, da sie die Wahrnehmung von einem militärisch handlungsfähigen und bedrohlichen Russland verstärkt. Es sollte jedenfalls verstanden werden, dass die im GPW-2020 enthaltenen Rüstungsmaßnahmen zu einem großen Teil für den Anstieg der Militärausgaben gesorgt haben. Dieser wiederum war auch dringend vonnöten, nach dem Einbruch der Militäraanschaffungen nach dem Zerfall der Sowjetunion. Verbesserte konventionelle Kapazitäten könnten nämlich beispielsweise dazu führen, dass russische Verteidigungsplaner weniger auf den Einsatz von Nuklearwaffen für den Fall größerer Konflikte setzen. Außerdem sollte man nicht vergessen, dass die Mittel, die für das russische Militär bereitgestellt werden, absolut bemessen immer noch beträchtlich geringer sind als die der NATO im Westen und die Chinas im Osten. Der Nachtrag zum Haushalt 2016, der im Oktober verabschiedet wurde und im Föderalen Haushalt zusätzliche 780 Milliarden Rubel für die Haushaltslinie »Nationale Verteidigung« vorsieht, hat einige Beobachter dazu bewegt, eine weitere drastische Erhöhung der Verteidigungsausgaben auszumachen. Eine nähere Inspektion ergab jedoch, dass diese zusätzlichen Mittel nicht dazu vorgesehen waren, Ausgaben für aktuelle Operationen oder Anschaffungen zu decken, sondern ausstehende Kreditbeträge staatlich garantierter Kredite (SGK) zu reduzieren, die in früheren Jahren die unmittelbare staatliche Finanzierung über die Staatlichen Aufträge zu Verteidigungszwecken ergänzt hatten (das Gesamtvolumen betrug über 1,2 Billionen Rubel).

Der Staat beschloss einzugreifen, bevor umfangreiche Rückzahlungen im Laufe der Jahre 2017–18 fällig werden, vorwiegend, weil eine Reihe von Unternehmen den Rückzahlungsplan als zu belastend einschätzen und dadurch die Aussichten steigen würden, dass notleidende Kredite an Rüstungsunternehmen staatliche Banken in Mitleidenschaft ziehen könnten. Bald darauf ermöglichte ein vom Finanzministerium ausgearbeiteter Regierungserlass dem Staat, zu 100 % für die Schulden strategisch wichtiger Unternehmen zu bürgen (zuvor hatte er nur zu höchstens 70 % bürgen können).

Beide Entwicklungen, das Eingreifen des Staates mit dem Ziel, den Umfang ausstehender Mittel aus den SGK zu reduzieren, sowie der Schritt, den Anteil der SGK zu erhöhen, legen nahe, dass die finanzielle Situation zumindest einiger Schlüsselunternehmen im Rüstungssektor prekär ist – trotz des großen Anstiegs der Rüstungsausgaben in den letzten Jahren.

... zu einem Prioritätenwechsel?

Nach einer Zeit alljährlich stark ansteigender Verteidigungshaushalte, deutet der Haushaltsplan für 2017–

2019 darauf hin, dass der Rüstungsindustrie eine Phase relativer Austerität bevorsteht. Angesichts der allgemeineren, länger währenden Schwierigkeiten, mit denen die Wirtschaft Russlands seit 2013 zu kämpfen hat, sind die Steuereinnahmen zurückgegangen. Die Absicht der russischen Führung, das Haushaltsdefizit zu reduzieren, hatte Pläne zu einer stetigen und erheblichen Reduzierung der Ausgaben in fast allen Bereichen staatlichen Handelns zur Folge.

2015 beliefen sich die zentralstaatlichen Ausgaben auf 21,2 % des BIP. In dem Haushaltsplan ist vorgesehen, dass der Anteil der zentralstaatlichen Ausgaben 2017 auf 18,7 % zurückgehen und 2019 schließlich 16,2 % des BIP ausmachen soll. Diese Reduzierung der allgemeinen Ausgaben soll das Haushaltsdefizit von wahrscheinlichen 4 % 2016 auf lediglich 1,2 % im Jahr 2019 drücken. Seit dem Beginn der Rezession 2015 waren die Verteidigungsausgaben von größeren Kürzungen verschont geblieben, zumindest im Vergleich zu den meisten anderen Haushaltssektoren (mit Ausnahme der Sozialausgaben). Einige buchhalterische Tricks haben geholfen. So sah der Haushalt 2016, so wie er im Haushaltsgesetz niedergelegt wurde, eine nominale Reduzierung der Ausgaben für die Haushaltslinie »nationale Verteidigung« von nur einem Prozent (rund 320 Milliarden Rubel) vor, während es in anderen Sektoren im Schnitt 10 Prozent waren. Das hätte eine Reduzierung der gesamten Verteidigungsausgaben (in der Definition des SIPRI) von 5,4 % des BIP im Jahr 2015 auf 4,8 % bedeutet. Allerdings war die Ausgabe von SGK mit einem Volumen von fast 200 Milliarden Rubel – ein Ausgleich für diese Kürzungen – bei der Umsetzung von staatlichen Rüstungsanschaffungen hilfreich; das erfolgte schon vor der Bewilligung zusätzlicher Mittel zur Verringerung der ausstehenden SGK-Beträge, wie sie später im Nachtragshaushalt vorgenommen wurde.

Der Haushaltsplan für 2017–2019 scheint auf eine größere Reduzierung der Verteidigungslasten hinzudeuten. Die Ausgaben für die »nationale Verteidigung« sollen laut Plan von fast einem Viertel der zentralstaatlichen Ausgaben im Jahr 2016 (19 % ohne die extra bewilligten Mittel zur Rückzahlung der SGK) im Zeitraum 2017 bis 2019 auf rund 17,5 % zurückgehen. Die Ausgabenkürzung sollte, falls plangemäß umgesetzt, die Verteidigungsausgaben real (also inflationsbereinigt) zumindest auf das Niveau von 2013 zurückführen. Auf den ersten Blick scheint dieses Ende des starken Anstiegs der Verteidigungsausgaben aus den letzten Jahren eine wichtige Entwicklung zu sein.

Falls der Kreml beabsichtigt, seine Militärausgaben zurückzufahren (insbesondere in einer Zeit angespannter Beziehungen zwischen Russland und dem Westen), könnte das sehr wohl auf eine zukünftige Abmilderung

der Spannungen hindeuten. Eine eingehendere Betrachtung des Haushalts zeigt jedoch, dass die Reduzierung der Fördermittel für die Rüstungsindustrie vielleicht nicht ganz so heftig ausfallen dürfte, wie es dargestellt wurde.

Zum einen ist die scheinbar drastische jährliche Reduzierung (2016–2017) von nominal 30 %, von der in einigen Kreisen berichtet wurde, irreführend. Ein derart starker Rückgang ist darauf zurückzuführen, dass in den Nachtragshaushalt 2016 die zusätzlichen Mittel zur Reduzierung der Außenstände aufgrund von SGK eingestellt wurden. Wenn diese zusätzlichen Mittel herausgerechnet werden (indem etwa nur artgleiche Ausgaben verglichen werden), liegt die Kürzung der Ausgaben für »nationale Verteidigung« bis zum Folgejahr eher bei nominal 9 Prozent.

Darüber hinaus ergibt eine genauere Untersuchung der geplanten Ausgaben, dass bei den Ausgaben für »nationale Verteidigung« erhebliche Unterschiede bestehen. Beispielsweise scheint ein großer Teil der geplanten Ausgabenkürzungen auf den Titel »angewandte Forschung und Entwicklung im Bereich der Nationalen Verteidigung« zu entfallen, wo die Finanzierung von 432 Milliarden Rubel 2016 auf 346 Milliarden im Jahr 2017 und auf gar 176 Milliarden Rubel im Jahr 2019 sinken soll. Das entspricht einer Gesamtreduzierung um fast 60 Prozent in drei Jahren. Die meisten anderen Haushaltsposten sind vor solchen Kürzungen geschützt, ausgenommen der Titel »andere Posten im Bereich der nationalen Verteidigung«, über den vermutlich die Ausgaben für die Einsätze in Syrien finanziert werden.

Drittens sieht es so aus, dass zusätzliche Mittel an anderer Stelle im Haushalt bereitgestellt werden, um die Rüstungsindustrie für Kürzungen bei der Direktfinanzierung zu entschädigen. So sind zum Beispiel unter dem geheimen Ausgabentitel für die nationale Wirtschaft zusätzliche 150 Milliarden Rubel eingestellt worden. Das stellt gegenüber 2016 eine Versiebenfachung der Ausgaben unter diesem Titel dar und beinhaltet ein Verneunfachung der Geheimausgaben für »angewandte Forschung und Entwicklung«. Da nun im Mai 2016 ein neues staatliches Programm zur Produktivitätssteigerung im Verteidigungsindustrie-Komplex (OPK) verabschiedet wurde (Nr. 425-8 »Entwicklung des Verteidigungsindustrie-Komplexes«), ist es wahrscheinlich, dass dies durch eine erhöhte Finanzierung über Kanäle des Ministeriums für Industrie und Handel (»Minpromtorg«) umgesetzt werden wird. Darüber hinaus sind weitere 43,7 Milliarden Rubel in Form von SGK verfügbar geworden, mit denen die Finanzierung der Entwicklung des OPK gestützt werden soll. Während sich also die Finanzierungsmechanismen geändert haben, ist der Nutznießer, nämlich der OPK, letztendlich der gleiche geblieben.

Viertens wird erwartet, dass die jährlichen Staatlichen Aufträge zu Verteidigungszwecken (GOS) nominal nur langsam schrumpfen werden. Während 2016 noch 1,65 Billionen Rubel für die GOS bewilligt wurden, bedeuten die bescheidenen jährlichen Einschnitte, dass den GOS, die zum großen Teil Beschaffungen finanzieren, 2019 immer noch 1,55 Billionen Rubel zugeteilt werden. Das ist eine recht mäßige Kürzung, selbst wenn man berücksichtigt, dass der reale Wert dieser Ausgaben durch die Inflation auf das Niveau von 2013 schrumpfen dürfte. Tatsächlich wird wohl der Anteil der Ausgaben für die GOS an den Gesamtausgaben für »nationale Verteidigung« von 53,5 % (2016) auf knapp 58 Prozent im Jahr 2018 ansteigen (und anschließend wieder zurückgehen), da letztere wohl insgesamt stärker reduziert werden als die Ausgaben für die GOS.

Fünftens schließlich dürfte es Raum für eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben geben, falls sich die allgemeine Wirtschaftslage bessert. Anfang November 2016 verabschiedete die Staatsduma eine Maßnahme, die es der Regierung ermöglicht, bis zu 10 Prozent der zentralstaatlichen Ausgaben für Sicherheits- und Verteidigungszwecke umzuwidmen, ohne dass hierfür eine Zustimmung der Duma nötig ist. Andererseits können anscheinend für die Umsetzung des staatlichen Rüstungsprogramms keine zusätzlichen Mittel beschlossen werden. Da der Haushalt insgesamt auf einem relativ konservativen Ölpreis von 40 US-Dollar pro Barrel (der Sorte »Urals«) über drei Jahre beruht, liegt es nahe, dass die Steuereinnahmen höher sein könnten als erwartet, insbesondere, wenn Russland und die OPEC erfolgreich bei der Stützung der Ölpreise zusammenarbeiten. Die Staatsausgaben korrelieren in Russland eng mit den Öleinnahmen. Wenn der Ölpreis höher ist als prognostiziert, lassen sich damit auch erhöhte Staatsausgaben erwarten.

Folgen für die Modernisierung der Streitkräfte und die Entwicklung der Wirtschaft

Es ist klar, dass Russlands langwährende und weiterhin anhaltende wirtschaftliche Schwierigkeiten die Politik in Moskau dazu zwingen, einige harte Entscheidungen über die Verwendung der immer knapper werdenden öffentlichen Mittel zu treffen. Allerdings scheinen die Haushaltspläne für die kommenden drei Jahre – trotz der Sparstimmung, die in den meisten Ministerien herrscht – entsprechende Folgen für das Militär wie auch die Rüstungsindustrie zu reduzieren oder sogar ganz zu neutralisieren. Es liegt auf der Hand, dass angesichts der Beschränkung der öffentlichen Ausgaben die rapiden Steigerungen, die sowohl bei der Beschaffung (die unter Einbeziehung der SGK zwischen 2010 und

2015 jährlich um über 30 Prozent zugenommen hatte) als auch weitergefasst bei den Militärausgaben zu beobachten waren, ein Ende gefunden haben. Grafik 1 auf S. 6 verdeutlicht, dass bei den Ausgaben über die GOS der Höhepunkt 2015 erreicht wurde und für die nächsten drei Jahre ein Rückgang geplant ist.

Dem Präsidenten zufolge sollte in der absehbaren Zukunft die Konzentration auf eine »Optimierung« der Verteidigungsausgaben gerichtet werden (also auf einen effizienteren Einsatz der bestehenden Ressourcen), und einer »Diversifizierung« der Rüstungsproduktion (also einer Entwicklung weg von staatlichen Rüstungsaufträgen als wichtigster Verkaufsquelle in Richtung ziviler Produktion). Dadurch könnte die Rüstungsindustrie ihre Abhängigkeit von den GOS hinsichtlich des überwiegenden Anteils der Einnahmen reduzieren (Putin schätzt diesen Anteil auf 84 Prozent der Einnahmen der Rüstungsindustrie im Jahr 2016).

Dennoch zeigt der Umstand, dass die Regierung trotz der drastischen Kürzung der Staatsausgaben weiterhin zur Nachrüstung entschlossen scheint, dass die Modernisierung der Streitkräfte, neben der sozialen Fürsorge, im Kreml immer noch höchste Priorität hat. Letztendlich scheinen die Ausgaben über die GOS – dem Realwert nach – für die absehbare Zukunft auf dem Niveau von 2013/2014 zu verharren.

Die Neuausrüstung der Streitkräfte scheint somit wohl fortgesetzt zu werden, was der politischen Priorität entspricht, die dieses Ziel in den letzten Jahren hatte. Während einzelne Waffensysteme wie der Kampfjet vom Typ PAK-FA und der Kampfpanzer »Armata« in geringerer Stückzahl als ursprünglich prognostiziert und langsamer produziert werden könnten, ist es wahrscheinlich, dass in den kommenden Jahren erhebliche Mengen neuer Ausrüstung in den Streitkräften eintreffen und deren Fähigkeiten insgesamt steigern werden.

Während die Orientierung auf Verteidigungsausgaben zu Lasten von beispielsweise Bildung oder Gesund-

heit und angesichts der Ausmaße der sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen, denen die russische Führung gegenübersteht, sehr wohl fehlgeleitet erscheinen mag, gibt es doch eine Reihe von Gründen anzunehmen, dass sie gleichwohl aufrechterhalten werden kann. Zum einen hat Russland sehr reale und spezifische Sicherheitsbedürfnisse, die es mit sich bringen, dass es eine größere Verteidigungslast als die meisten anderen Länder zu tragen hat. Die Unterstützung für relativ hohe Verteidigungsausgaben ist dadurch in der Bevölkerung wie auch in der Elite groß. Es ist unwahrscheinlich, dass diese Sicherheitsbedürfnisse bald verschwinden werden, weshalb zu erwarten ist, dass diese Entschlossenheit von Elite und Bevölkerung anhält.

Zweitens haben hohe Funktionäre, darunter auch der Präsident, verkündet, dass sobald das Ziel der Modernisierung der Ausrüstung in den Streitkräften erreicht sei, die Ausgaben für Anschaffungen wohl heruntergefahren würden. Tatsächlich deuten die Stellungnahmen zur wahrscheinlichen Zielrichtung des neuen staatlichen Rüstungsprogramms GPW-2025 (das bis Sommer 2017 ausgearbeitet werden soll) darauf hin, dass sich die Konzentration weg von einer weitreichenden Neuausrüstung der Streitkräfte hin zur Entwicklung von Hightech-Kommunikations- und Informationssystemen sowie zu Waffensystemen einer neuen Generation verschieben wird. Und schließlich bleibt bei allen Auslassungen russischer Führungskräfte, die die Präferenz von »Kanonen über Butter« betonen, die Tatsache bestehen, dass die Verteidigungslasten um Längen hinter jenen zurückbleiben, die zu Sowjetzeiten zu schultern waren. Während die Verteidigungsausgaben sich zwar nicht als Lokomotive für Wachstum und technologische Entwicklung erweisen könnten, wie das Putin erhofft hat, sind sie aber auch kein dermaßen deformierender Faktor, wie in der Sowjetunion.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

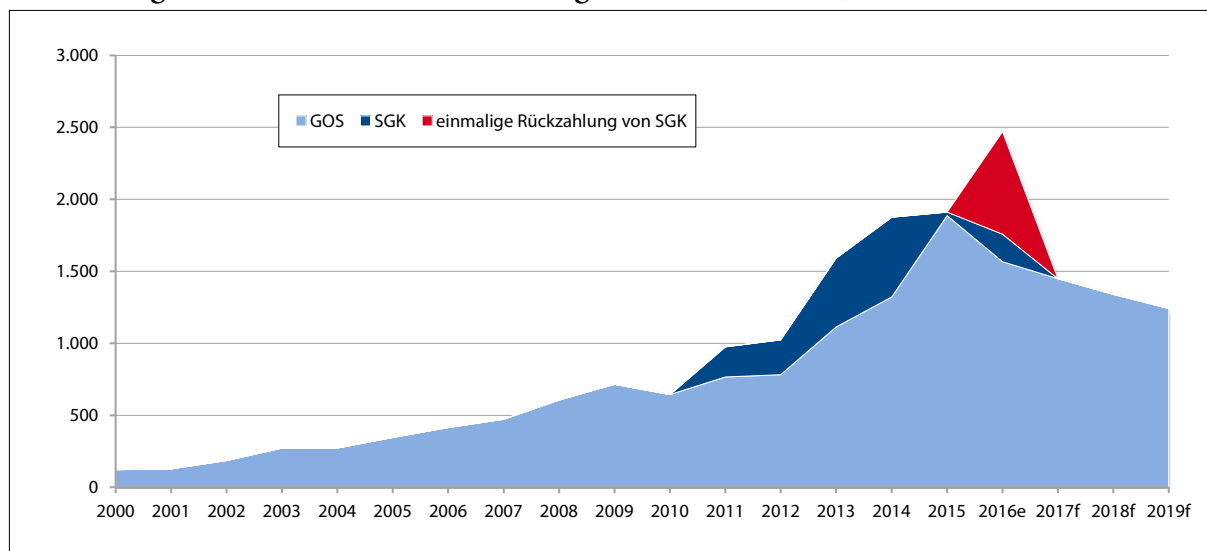
Über den Autor

Richard Connolly ist Direktor des Zentrums für Europa- und Eurasienstudien an der Universität Birmingham. Er ist darüber hinaus Associate Fellow des Russland- und Eurasienprogramms von Chatham House, Gastprofessor an der Russischen Akademie für Volkswirtschaft und Herausgeber von »Post-Communist Economies«.

Lesetipps

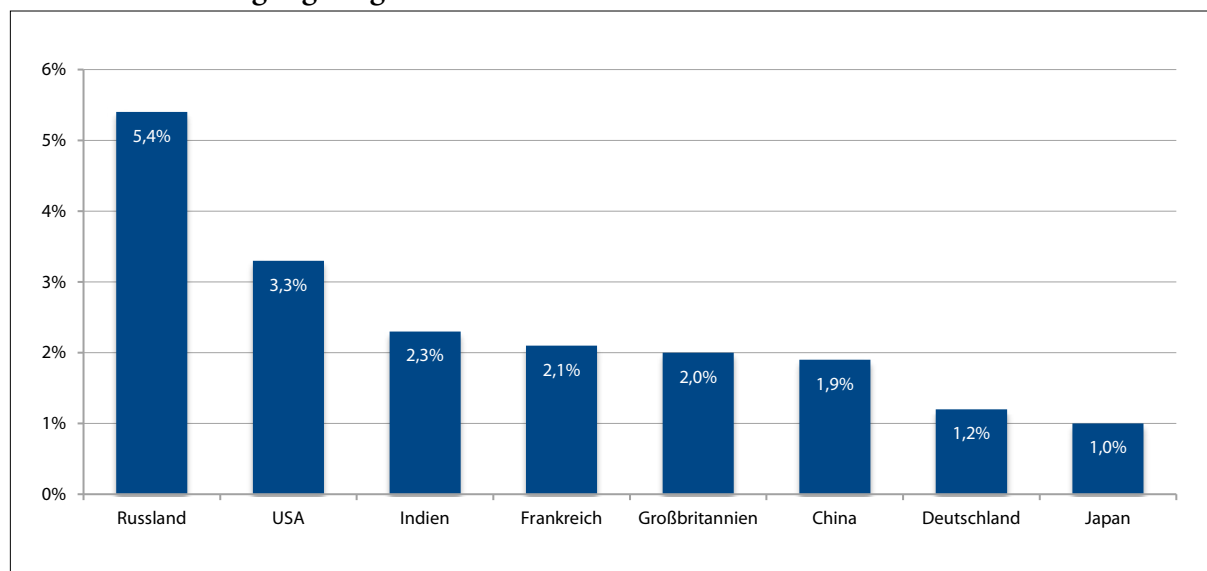
- Connolly, R.; C. Senstad: Russian Rearmament: An Assessment of Defense-Industrial Performance, in: Problems of Post-Communism, 2016.
- Cooper, J.: The Military Dimension of a More Militant Russia, in: Russian Journal of Economics, 2.2016, Nr. 2, S. 129–145.

Grafik 1: Ausgaben für die Neuausrüstung der Streitkräfte (Jährliche Aufträge für Verteidigungszwecke) in Mio. Rubeln, 2015 (Konstante Preise 2010–2019 (2016–2019 geschätzt, Preise inflationsbereinigt, über BIP-Deflator)



GOS = Gosudarstwennyj oboronnyj sakas (Staatliche Aufträge zu Verteidigungszwecken); SGK = staatlich garantierte Kredite
 Quellen: Cooper, FOI (2013); GOS Schätzungen für 2016–2019 (Cooper, 2016); Herstellungspreisindex, Rostat (2016)

Grafik 2: Verteidigungsausgaben in Prozent des BIP in Russland und anderen Ländern



Quelle: SIPRI

Immer noch auf der Suche: Die OVKS als gemeinsamer politischer und militärischer Rahmen

Stephen Aris, Zürich

Zusammenfassung

Während sich die Aufmerksamkeit meist auf Russlands Einsatz militärischer Instrumente zu außenpolitischen Zwecken konzentriert, wie sie in der Ukraine und Syrien erfolgten, bleibt Moskaus Flaggschiff politisch-militärischer Allianzen, die »Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit« (OVKS), unterhalb des Radarschirms. Die Organisation stellt für den Kreml ein Schlüsselinstrument dar, um in seiner Umgebung eine regionale politische und militärische Geschlossenheit aufzubauen. Allerdings sind in den letzten Jahren klare Beschränkungen ihrer Funktionalität deutlich geworden. Da die Aufmerksamkeit Moskaus anderweitig konzentriert ist, erscheint es unwahrscheinlich, dass die OVKS in der näheren Zukunft beträchtliche Fortschritte machen wird.

Militärische Instrumente im postsowjetischen Raum

Verbreitet sind Besorgnis über Russlands militärische Stärke und Absichten auf der Agenda westlicher Politiker und Analytiker wieder ganz nach oben gerückt, insbesondere in Bezug auf Russlands »hybride Kriegsführung« in der Ukraine und die Bombardierungen in Syrien. Das wachsende Unbehagen über die militärischen Aktivitäten Russlands sind in eskalierenden Spannungen und Gebaren zwischen Russland und den NATO-Staaten manifest geworden, unter anderem in der Verlagerung von aufeinander ausgerichteter militärischer Hardware und Truppen, in Russlands Rückzug aus einem atomaren Sicherheitsabkommen in diesem Jahr und in Befürchtungen vor einer direkten militärischen Konfrontation in Syrien. Vor diesem Hintergrund zeichnen viele Kommentatoren explizit – und öfter noch implizit – ein Bild, in dem der Kreml effizient das Militär als eines der Mittel seines außenpolitischen Instrumentariums einsetzt. So wurde festgehalten, dass Russland den diplomatischen Kontext um Syrien zu seinen Gunsten verändert und die östlichen NATO-Mitglieder erfolgreich beunruhigt habe.

Während all der hoch angesiedelten diplomatischen Auseinandersetzungen um Syrien und die Ukraine ist der Einsatz militärischer Mittel zu außenpolitischen Zwecken im Süden Russlands weitgehend außer Acht geraten. Im Kontrast zu der konfliktgeladenen Dynamik, die in der Politik gegenüber dem Westen vorherrscht, hat Russland seit Langem politische und militärische Kooperation als zentrales Element eingesetzt, um seine herausragende Rolle in dieser Region zu konsolidieren, die der Kreml verschiedentlich als »nahes Ausland« oder »Zone besonderer Verantwortung« bezeichnet hat. Während zunehmend die Einschätzung besteht, dass Russland seiner Außenpolitik gegenüber dem Westen effizient eine militärische Dimension einsetzt, zeigt die

Entwicklung des Flaggschiffs unter den politischen und militärischen Allianzen, die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS), dass die Fähigkeit des Kreml, das Militärische zu einem effizienten Aufbau der Region einzusetzen, begrenzt sein könnte.

Moskau hofft, dass die OVKS als Struktur fungiert, die eine kollektive politische Einheit ihrer Mitglieder verankert. Dabei wäre Russlands Rolle die des wichtigsten militärischen Gönners der anderen Mitglieder, was den Vorrang des Kreml als Sicherheitsgaranten für diese Staaten und den – großgeschrieben – post-Sowjetischen Raum sicherstellen soll. Die OVKS ist mittlerweile gut etabliert und dient diesen Zwecken in einem gewissen Maße erfolgreich. Allerdings haben die ausbleibenden Fortschritte bei der Aufgabe, der OVKS eine belastbare Rolle für sich selbst und in der Sicherheitslandschaft der Region zu sichern, viele Beobachter fragen lassen, wie es um ihren Nutzen und letztendlich um ihre langfristige Existenz bestellt ist. Ende Oktober fühlte sich Nikolaj Bordjusha, der Generalsekretär der OVKS und langjährige Kreml-Insider, veranlasst, mit einem Brief einem Artikel auf »versiya.ru« zu widersprechen, in dem argumentiert worden war, dass die Organisation bald nicht mehr existieren könnte. Dass Bordjusha sich genötigt fühlte, der Analyse des Kommentators umgehend entgegenzutreten, ist bezeichnend für die Kluft zwischen der von den OVKS-Offiziellen behaupteten immer stärker wachsenden Rolle und ihrer Bedeutung für die Sicherheit in der Region einerseits, und der wiederholt gestellten Frage der Analytiker und Kommentatoren, wozu genau die OVKS denn eigentlich da sei, andererseits. Während diese Frage seit dem Entstehen der OVKS permanent präsent ist, könnte deren Schärfe sehr wohl zunehmen, da es klar zu sein scheint, dass die Aufmerksamkeit – und noch wichtiger: die Finanzen – Moskaus bald anderen politischen und militärischen Prioritäten gewidmet werden könnten, etwa den anhaltenden Kos-

ten für die Bombenangriffe in Syrien oder grandiosen Ideen wie der einer Wiedererrichtung von Militärbasen fern von Russland. Darüber hinaus haben die jüngsten Ereignisse unter den Mitgliedern der OVKS nachhaltige politische Differenzen und divergierende Zentren der Aufmerksamkeit deutlich werden lassen – und Alternativen zur OVKS.

Zu viel Dominanz?

Beständiges Merkmal der OVKS als Struktur zur multilateralen politischen und militärischen Zusammenarbeit besteht in der überwältigenden Vormachtstellung Russlands gegenüber den anderen Mitgliedsstaaten. Moskaus Position als Gravitätszentrum ist sowohl Bindemittel, wie auch Quelle von Inkohärenz. Für alle anderen Mitgliedsstaaten ist deren jeweiliges Verhältnis zu Russland der Schlüssel zu ihrer Beteiligung an der OVKS, während Zusammenarbeit untereinander mit großem Abstand nur zweitrangig ist (und in einigen Fällen schlichtweg nicht stattfindet). Die wohl wichtigste Dimension der Organisation ist die Möglichkeit für Mitgliederstaaten, von Russland Waffen und militärische Ausrüstungen weit unter Marktwert zu kaufen. Da Russland der wichtigste Rüstungslieferant für sämtliche anderen Mitgliedsstaaten ist, stellen diese Austauschbeziehungen das Rückgrat dieser multilateralen Struktur dar. Das Ergebnis gleicht dem, was Netzwerkkartographen eine sternförmige Topologie nennen würden, bei der die einzigen tatsächlich bedeutsamen Beziehungen innerhalb der OVKS in der Verbindung zwischen Russland und den jeweils anderen Mitgliedsstaaten bestehen. Wenn auch in den Augen des Kreml die Herstellung seiner Vormachtstellung für den Wert der OVKS unabdingbar ist, wünscht man dort auch, dass die Organisation wenigstens einen gewissen Beitrag zur Bewältigung der Sicherheitsaufgaben leistet, indem die OVKS eine Art Sicherheitsgemeinschaft bildet und indem sie vom Rest der Welt als legitim und maßgeblich anerkannt wird. Auf dem Weg zu den beiden letztgenannten Zielen scheint das Ausmaß der russischen Vormachtstellung eine Barriere darzustellen. In den seltenen Fällen, in denen sich die OVKS von ihrer Russland-Zentriertheit wegbewegt, wird die grundlegende politische Verfasstheit der Organisation disfunktional. Das lässt sich an dem mangelnden Management bei der lang diskutierten Ernennung eines neuen Generalsekretärs der OVKS erkennen. Ende 2015 wurde verkündet, dass der langjährige Kreml-Insider Nikolaj Bordjusha abgelöst werde, Berichten zufolge durch einen Kandidaten aus Armenien. Auf dem jährlichen Gipfeltreffen der OVKS im Oktober 2016 jedoch wurde die Entscheidung hierüber zum zweiten Mal verschoben. Es gab Andeutungen, dass dies aufgrund fehlenden Übereinkommens

darüber erfolgt sei, welcher Mitgliedsstaat denn nun das neue Oberhaupt stellen soll. Jetzt ist geplant, dass die Entscheidung bis Ende 2016 getroffen wird. Diese Geschichte lässt sich als Anzeichen für fehlenden inneren Zusammenhalt deuten, was anscheinend nur durch einen Vertreter Russlands als Generalsekretär überwunden werden kann. Während der Kreml über seine Rolle als einigendes Element der OVKS glücklich sein könnte, wirft die Überlegung, inwieweit das wirklich der Fall ist, Fragen zum allgemeineren Nutzen der Organisation auf.

Kollektive Verteidigung ohne Übereinkommen?

Abgesehen von der russischen Vormachtstellung bestehen klare Differenzen zwischen den politischen Positionen der OVKS-Mitgliedsstaaten. Die drängendsten und grundlegendsten gibt es zwischen Armenien und Aserbaidschan im anhaltenden und jüngst wieder aufgeflamten Konflikt um Nagornyj Karabach. Wie der erneute offene Ausbruch des Konfliktes im April illustriert, handelt es sich um einen Streit, in dem es jederzeit zum offenen Konflikt kommen kann. In diesem Kontext hat es Diskussionen um die Verpflichtungen gegeben, die die Unterzeichnerstaaten der OVKS-Charta hinsichtlich einer »kollektiven Verteidigung« eingegangen sind, und ob diese in irgendeiner Weise den oft erwähnten NATO-Garantien nach Artikel 5 gleichzusetzen sind. Die OVKS-Charta enthält zweifellos Passagen, die auf eine Vorstellung von »kollektiver Verteidigung« hindeuten, doch sind die Formulierungen bestenfalls uneindeutig. Während Eriwan aktiv für die Idee einer kollektiven Beistandsverpflichtung der OVKS eintritt, die im Fall eines aserbaidischen Angriffs auf Nagornyj Karabach zur Anwendung käme, hält sich Russland als wichtigster militärischer Sponsor aller OVKS-Aktivitäten von dieser Frage fern und unterstützt niemals offen eine derartige Interpretation. Das liegt zum Teil deshalb nahe, weil einige Mitgliedsstaaten der OVKS in dieser Frage implizit und bisweilen explizit auf der Seite Aserbaidschans stehen. Kasachstan hat versucht zu betonen, dass diese Frage außerhalb der Reichweite der Verpflichtungen aus der OVKS-Charta liege, da der Territorialstreit um Nagornyj Karabach nie beigelegt worden sei und es kein allgemeines Einvernehmen über dessen »Besitzer« gibt. Ungeachtet der möglichen Interpretationen bezüglich der Formulierungen der OVKS-Charta, ist es in der Praxis schwierig sich vorzustellen wie die zentralasiatischen Republiken entweder politische Unterstützung oder militärisches Personal und Ressourcen für eine OVKS-Operation im Südkaukasus zur Verfügung stellen könnten. In gewissem Sinne ist es da für die OVKS-Bürokratie in Moskau politisch pragmatisch auszuweichen und die Nagornyj Karabach-Frage

zu umschiffen. Als Folge bringt das jedoch wiederum die Frage nach dem Nutzen und dem Zweck der Organisation auf den Tisch. Wenn diese nicht in der Lage ist, die Frage der »kollektiven Verteidigung« zu klären, muss die aktiv militärische Komponente der OVKS ganz allgemein in Zweifel stehen. Vor dem Hintergrund der Tatenlosigkeit der OVKS während der Unruhen im kirgisischen Osch (2010) fragen einige Analytiker, ob es überhaupt Situationen oder Szenarien geben könne, bei denen ein militärischer Einsatz der OVKS von allen Mitgliedsstaaten politisch unterstützt würde.

Neue, alternative militärische Verbindungen?

Diese Zweifel an der Lebens- und Einsatzfähigkeit der OVKS als kollektiver militärischer Akteur werden auch im Zusammenhang mit der Möglichkeit deutlich, dass militante Kräfte aus Nordafghanistan nach Zentralasien übergreifen könnten. Neben der Betonung, dass man gegen Szenarien »farbiger Revolutionen« vorgehen werde (das ist im vergangenen Jahrzehnt das Thema der meisten gemeinsamen Militärübungen der OVKS gewesen), sind die aus Afghanistan drohenden Gefahren Ausgangspunkt für viele Diskussionen in Russland und in der OVKS gewesen. Im vergangenen Jahr haben sich diese Befürchtungen wegen der intensivierten Kämpfe in den benachbarten Regionen Afghanistans weiter verstärkt. Die Stadt Kundus in der Nähe der tadschikischen Grenze ist im vergangenen Jahr zwei Mal an Milizen der Taliban gefallen und ihnen wieder genommen worden. Während Russland daran interessiert ist, in allen zentralasiatischen Nachbarstaaten Afghanistans die Grenzsicherheit zu unterstützen, ist nur Tadschikistan Mitglied der OVKS, in dem sich sowohl russische Truppen, als auch eine Militärbasis befinden – unter der Ägide der OVKS. Anfang Herbst statteten der Vorsitzende des nationalen Sicherheitsrates sowie OVKS-Chef Bordjusha Tadschikistan einen Besuch ab, um über die Auswirkungen der sich zuspitzenden Situation in Nordafghanistan Gespräche zu führen. In der Tat sind in den letzten Jahren eine Reihe von Militärmanövern der OVKS in Tadschikistan abgehalten worden, in denen Reaktionen auf ein mögliches Eindringen militanter Gruppen aus Afghanistan eingeübt wurden.

Dennoch bleiben Zweifel, ob die OVKS auf eine solche Situation gemeinsam reagieren würde. Es erscheint höchst unwahrscheinlich, dass Armenien oder Belarus bereit wären, Truppen in eine Region zu entsenden, die für sie weit entfernt liegt; gleichzeitig ist überhaupt nicht sicher, dass Tadschikistans bereit ist, Truppen anderer zentralasiatischer Staaten auf sein Territorium zu lassen. Letztendlich dürfte es dann auf die Haltung Russlands und das Verhältnis zum Regime Rahmon ankommen.

In diesem Fall wäre es durchaus möglich und machbar, dass der russische Sicherheitsapparat einfach das multilaterale Zubehör der OVKS beiseite lässt und auf einen dezidiert unilateralen Ansatz setzt. Darüber hinaus scheinen die Zweifel an der Zuverlässigkeit der OVKS als kollektiver militärischer Akteur sich daraus zu ergeben, dass das Rahmon-Regime sich nicht mit der OVKS allein als militärische Absicherung im Notfall zufriedengibt. Das Land hat kürzlich begonnen, neue militärische und Sicherheitsbeziehungen mit China auszuloten. Ein solches Engagement war bereits innerhalb des Formats der »Shanghai Organisation für Zusammenarbeit« (SOZ) und deren Manövern für »Friedenseinsätze« deutlich erkennbar gewesen. Das Verhältnis von OVKS und SOZ ist nur schwer zu erfassen und mehrdeutig. Die Sicherheitsbeziehungen zwischen China und Tadschikistan sind jetzt allerdings über die SOZ hinaus und in Formate hineingewachsen, an denen Russland nicht beteiligt ist. Im Spätsommer wurde eine gemeinsame Erklärung von China, Afghanistan, Pakistan und Tadschikistan herausgegeben, in der der Beginn eines »Vierseitigen Kooperations- und Koordinationsmechanismus« angekündigt wurde. Diese von China vorangetriebene Initiative zielt darauf ab, die Aktivitäten der Militärführungen der vier Staaten mit dem gemeinsamen Ziel des Kampfes gegen Terrorismus und Extremismus zu koordinieren. Unter diesem Schirm haben China und Tadschikistan im Oktober ein gemeinsames bilaterales Manöver in der tadschikischen autonomen Provinz Berg-Badachschan abgehalten. Die Reaktion einiger Kommentatoren in Moskau fiel nicht gerade positiv aus, wobei sie in diesen Entwicklungen die Verletzung einer informellen Abmachung sahen, der zufolge China militärische Fragen in Zentralasien Russland und der OVKS überlässt. Darüber hinaus sollte Tadschikistan sich nicht an gemeinsamen Militärübungen außerhalb des Bereichs der OVKS beteiligen. Letztendlich aber ergibt sich aus Chinas zunehmender Bedeutung für Russland bei allen möglichen anderen Fragen, dass Russland darauf bedacht sein wird, dieses Thema nicht zu einem Problemfeld in seinen Beziehungen zu China zu machen. Daher werden der Kreml und die OVKS sich – trotz Moskaus Unbehagen – an die Existenz alternativer chinesischer Militär- und Sicherheitsinitiativen in Zentralasien gewöhnen müssen. Dieser Trend könnte sehr wohl durch die jüngsten Terroranschläge auf die chinesische Botschaft im kirgisischen Bischkek verstärkt werden. Auch wenn die genauen Details, wer denn diesen Anschlag in wessen Namen verübt hat, noch nicht bestätigt sind, so scheint er von einem internationalen Extremisten-Netzwerk ausgeführt worden zu sein, das in Verbindung zur »Ost-Turkestan Islambewegung« (ETIM) steht und Syrien, die Türkei, Usbekistan, Tad-

schikistan und Kirgistan durchzieht. Das hat zu Spekulationen geführt, dass dieses Ereignis von chinesischer Seite her eine aktivere Sicherheitspolitik gegenüber Zentralasien auslösen könnte. Und damit auch, dass der OVKS auf ihrem »Kernmarkt« Zentralasien Konkurrenz erwachsen könnte.

Politisches Kapital auf der internationalen Bühne?

Während der Nutzen, die Zuverlässigkeit und die Wirksamkeit der OVKS als kollektiver Sicherheitsakteur stets als begrenzt eingeschätzt wurde, ist verbreitet registriert worden, dass die Organisation für Moskau eine weitere wichtige Funktion hat, nämlich internationale politische Symbolkraft und Anerkennung. Eine der vorrangigen Funktionen der OVKS ist es, sich als die wichtigste regionale, multilaterale Sicherheitsstruktur im postsowjetischen Raum zu präsentieren und als solche außerhalb der Region anerkannt zu werden; und dadurch die Anerkennung der NATO, der EU und anderer regionaler Organisationen als wahrlich gleichberechtigte Organisation zu gewinnen. Allerdings ist eine solche Anerkennung aus dem Westen nicht erfolgt, da letzterer die OVKS weitgehend ignoriert und sogar deren Legitimität in Frage gestellt hat, mit dem Argument, durch seine russlandzentrierte Natur sei sie kaum mehr als ein Instrument zur Sicherung von Moskaus herausragender geopolitischer Stellung gegenüber der von Moskau beanspruchten »Zone besonderer Verantwortung«. Die Enttäuschung über den ausbleibenden Gegenzug einer Anerkennung hat der belorussische Präsident Aljaksandr Lukaschenka beim diesjährigen OVKS-Gipfel offen ausgesprochen. Er meinte, statt an die Welt eine Bitte um Anerkennung zu richten, sollte die OVKS in einer Art und Weise handeln, die die Welt zur Anerkennung zwingen werde. Diese Äußerung sollte nicht als Drohung verstanden, sondern vielmehr im Kontext weiterer Kommentare Lukaschenkas gesehen werden. Er meinte, der OVKS-Gipfel sei Zeitverschwendung, weil die Diskussionen dort zu keinen spürbaren Übereinkommen zwischen den Mitgliedern führten.

Vor dem negativen Hintergrund hinsichtlich des Status der OVKS hat es aus der Sicht Moskaus jedoch eine positive Entwicklung gegeben, nämlich in Form einer Sitzung des UN-Sicherheitsrats über die Zusammenarbeit der UNO mit der OVKS, der GUS und der SOZ. Bei diesem Treffen wandte sich der Generalsekretär der OVKS, Bordjusha, an den Sicherheitsrat und umriss die Tätigkeit der OVKS (die Oberhäupter der GUS und der SOZ taten es ihm gleich). Der Vertreter von Belarus bei den Vereinten Nationen sprach im Namen der Mitglieder der OVKS (Belarus hat gegenwärtig den Vorsitz der OVKS). Das Ereignis wurde vom Außenministerium

Russlands als Signal für die wachsende Rolle der OVKS in der Welt begrüßt.

Der russische Redner bei der Sitzung des Sicherheitsrates merkte an, dass der Mangel an Informationen über die Region zu Fehlinterpretationen der OVKS geführt hätten. Er fügte dann hinzu, einige der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates »haben Versuche unternommen, diese Organisationen künstlich zu marginalisieren, weil sie in ihnen geopolitische Konkurrenten sahen«. Der Vertreter der Ukraine, die 2017 ein nichtständiges Mitglied des Sicherheitsrates ist, legte eine ganz andere Interpretation vor, indem er sagte, die OVKS würde »so tun, als gäbe es keine anhaltende Aggression gegen die Ukraine, keine Besetzung der Krim, keine de facto-Besetzung von Abchasien und Südossetien und keine Kriegsverbrechen gegen das ukrainische und das georgische Volk«. Diese Stimmungen wurden von dem Sprecher der USA aufgegriffen. Wie diese widerstreitenden Stimmen nahelegen, sind die Aussichten auf eine offene politische Anerkennung der OVKS als vorrangiger und legitimer kollektiver Sicherheitsakteur im postsowjetischen Raum nicht nähergerückt.

Gleichzeitig ist die OVKS an unterschiedlichen gemeinsamen Aktivitäten mit der UNO beteiligt, etwa dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) und dem UN-Regionalzentrum für Präventive Diplomatie in Zentralasien (UNRCCA). Dabei betreibt die OVKS ihre Anerkennung als eine durch die UNO autorisierte Struktur für Friedensmissionen bei Sicherheitsoperationen mit UN-Mandat. Während es kaum absehbar ist, dass die westlichen Mitgliedsstaaten des UN-Sicherheitsrates einen solchen Status unterstützen würden, macht die OVKS hier anscheinend bei ihren Beziehungen zur UN-Bürokratie gewisse Fortschritte. Zu diesem Zweck wird Moskau wohl weiterhin zumindest einige Ressourcen in die Stärkung der politischen Symbolkraft der OVKS investieren, ganz gleich, wie es um die Fortschritte bei deren Funktion als aktive Sicherheitsgarantin steht.

Schlussfolgerungen

Im Unterschied zu vielen Darstellungen aus jüngster Zeit, in denen der Kreml meisterlich seine militärische Karte spielte, um politische Ziele in Osteuropa und dem Nahen und Mittleren Osten zu verwirklichen, deutet die Entwicklung der OVKS darauf hin, dass es bestimmte Grenzen für Moskaus Fähigkeit gibt, militärische Koordination als Grundlage für eine Integration im postsowjetischen Raum zu nutzen. Die OVKS ist sicher nicht ohne Gewinn für Moskau, da sie Russlands als Kernstück eines Netzes militärischer Beziehungen – meist im Kontext von Waffenkäufen – positioniert. Moskau unterstützt auch die Funktion der OVKS als multilate-

raler politischer und militärischer Akteur, indem es bei der Bildung kollektiver Streitkräfte die Führung übernimmt und regelmäßige Militärmanöver abhält. Allerdings gibt es gewisse Beschränkungen hinsichtlich der Einigkeit der OVKS, da zwischen den Mitgliedern Differenzen bestehen und sie Zweifel an der Verlässlichkeit und der Effizienz der Organisation beim Umgang mit Fragen haben, die von den Mitgliedsstaaten als vorrangige Bedrohung ihrer Sicherheit wahrgenommen werden. Wenn Moskau die OVKS als multilaterale poli-

tische und militärische Struktur konsolidieren und weiterentwickeln will, wäre es genötigt, den finanziellen, diplomatischen und politischen Einsatz zu erhöhen. Es zeichnet sich allerdings ab, dass sich die Aufmerksamkeit des Kreml zunehmend auf Geschehnisse und Ziele außerhalb der OVKS richtet, und dass Moskau sich daher damit zufrieden gibt, dass die OVKS lediglich in ihrer derzeitigen begrenzten Form weiterbesteht.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Über den Autor

Stephen Aris ist Senior Researcher am Center for Security Studies der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich.

Lesetipps

- Kucera, Joshua: The Bug Pit. Military and security in Eurasia; <<http://www.eurasianet.org/voices/thebugpit>>.
- Aris, Stephen: Collective Security Treaty Organisation, in: James Sperling (Hg.): Handbook on Governance and Security, Cheltenham/ Northampton, MA: Edward Elgar Publishing 2014

ANALYSE

Russlands modernisiertes Militär: Die Lehren aus der Krim und aus Syrien

Bettina Renz, Nottingham

Zusammenfassung

Die gesteigerten Fähigkeiten der russischen Streitkräfte haben Befürchtungen vor weiterer militärischer Aggression und Expansionismus ausgelöst. Allerdings bestehen weiterhin erhebliche Beschränkungen für Russlands Fähigkeit, seine militärische Stärke auf globaler Ebene zu projizieren oder einzusetzen. Bei der Abschätzung der Implikationen, die ein modernisiertes russisches Militär für die internationale Sicherheit hat, sollte sich die Aufmerksamkeit eher auf mögliche Absichten der russischen Führung hinsichtlich des Einsatzes von Gewalt richten, denn auf die militärische Stärke *per se*.

Einleitung

Während der Operationen im Vorfeld der Krim-Annexion im Frühjahr 2014 und später dann bei den Einsätzen der Luftwaffe über Syrien hat Russland eine Reihe neuer und verbesserter militärischer Fähigkeiten unter Beweis gestellt, die es im Zuge des 2008 aufgelegten Modernisierungsprogramms entwickelt hat. Die Verbesserungen sind zwar sicherlich bemerkenswert, doch ist auch klar, dass die Modernisierung der Streitkräfte ein fortdauernder Prozess und keineswegs abgeschlossen ist, während weiterhin erhebliche Beschränkungen bestehen. Letzteres gilt insbesondere im Vergleich mit den Streitkräften technologisch weiter fortgeschrittener Länder, vor allem denen der USA. Für die internationale Sicherheit und zur Entwicklung einer angemessenen politischen Antwort gegenüber Russland sind wohl weniger

die gesteigerten Fähigkeiten *an sich* von Bedeutung, als vielmehr das neue Vertrauen des Landes in seine Streitkräfte als außenpolitisches Instrument sowie mögliche zukünftige Absichten, dieses Instrument auch einzusetzen, was keineswegs sicher ist.

Umwandlung der Streitkräfte Russlands zu einem flexiblen Instrument der Außenpolitik

Bis zur Annexion der Krim im Jahr 2014 hatte der Westen Russland als ernstzunehmenden globalen militärischen Akteur beschrieben, insbesondere hinsichtlich der konventionellen Potentiale. Es war klargeworden, dass Russlands Fähigkeit, seine Macht auf globaler Ebene zu projizieren, massiv reduziert ist. Gleichzeitig gab es ernstzunehmende Mängel bei der Einsatzbereit-

schaft, Ausrüstung und Ausbildung der Streitkräfte, insbesondere hinsichtlich möglicher kleinerer Einsatzszenarien oder begrenzter kriegerischer Konflikte. Diese Defizite waren während der Kriege in Tschetschenien und zu einem gewissen Maße im Georgienkrieg 2008 schmerzlich zu Tage getreten. Die russischen Streitkräfte wurden dabei wegen des Einsatzes exzessiver Gewalt, wegen Kommando- und Kontrollproblemen und wegen mangelnder Koordination der verschiedenen Teilstreitkräfte, die zu erheblichen Opfern und vielen Fällen von *friendly fire* geführt haben. Das Fehlen selbst grundlegender moderner Technologien, wie sie allgemein in westlichen Streitkräften verwendet werden, hatte sich ebenfalls bemerkbar gemacht. Die Feldzüge in Tschetschenien und der Georgienkrieg wurden zu großen Teilen wie große konventionelle Operationen unternommen, bei denen sich Russland fast ausschließlich auf seine physische und zahlenmäßige Überlegenheit sowie auf überwältigende rohe Gewalt verließ. Andererseits sollte die Schwäche der russischen Streitkräfte nicht überschätzt werden, wenn es um das reine Potential geht, militärische Zerstörungskraft einzusetzen; ebenso sollte jetzt deren Stärke auch nicht übertrieben werden. Russland ist auch vor den Reformen von 2008 die stärkste Militärmacht im postsowjetischen Raum gewesen. Selbst in den 1990er Jahren war Russland in der Lage, in unmittelbarer Nachbarschaft ungestraft militärische Gewalt einzusetzen. Obwohl die Operationen schwerfällig waren, ist das Land aber nie das Risiko einer totalen Niederlage eingegangen.

Auch auf der globalen Ebene behielt Russland zumindest theoretisch sein massives Zerstörungs- und Angriffspotential in Gestalt seines Arsenal an strategischen Atomwaffen. Im Unterschied zu den konventionellen Kapazitäten waren die Strategischen Atomstreitkräfte stets auf einer Höhe mit denen der Vereinigten Staaten. Angesichts des anhaltenden Ungleichgewichts gegenüber der NATO und dem Westen ist allerdings klar, dass die Ergebnisse des Modernisierungsprogramms von 2008 die globale Machtbalance nicht wesentlich verändert haben. Zentrales Ziel der Militärreform von 2008 war eine Überwindung der Defizite, die sich seit den frühen 1990er Jahren bei den Operationen der russischen Streitkräfte (bei denen es sich um kleine oder begrenzte Kriegsszenarien handelte), bemerkbar gemacht hatten. Die Reformen sollten die Streitkräfte aus einem Großen und schwerfälligen, in vielerlei Hinsicht veralteten militärischen Gebilde zu Streitkräften verwandeln, die bei kleinen Kriegen und bewaffneten Aufständen »nutzbarer« wären; hier hatten die Streitkräfte in den vergangenen Jahrzehnten keine guten Leistungen gezeigt. Anders gesagt: Zentrales Ziel des Modernisierungsprogramms war es, die Streitkräfte von einem stumpfen Werkzeug zu

einem flexiblen Instrument der Außenpolitik zu machen. Zu diesem Zweck wurden entsprechende Strukturreformen eingeleitet, neue Ausrüstung angeschafft und die Ausbildung neu justiert. Mit diesen Veränderungen, so hoffte man, würden die Streitkräfte schneller verlegbar, besser zu koordinieren sowie effizienter vorbereitet sein, um die Anforderungen bei kleineren Einsatzszenarien bewältigen zu können.

Lehren aus der Krim und aus Syrien

Russlands Operationen auf der Krim und in Syrien haben deutlich gemacht, dass diese Weiterentwicklung der Streitkräfte beträchtliche Erfolge zeitigte. Im Unterschied zu der rohen Gewalt, die in Tschetschenien und Georgien eingesetzt wurde, hat es auf der Krim kaum zerstörerisches militärisches Vorgehen gegeben. Die militärischen Planer setzten stattdessen auf Informationskampagnen, die bei der Mehrheit der lokalen Bevölkerung auf offene Ohren stieß. Darüber hinaus wurden Sondereinsatzkräfte genutzt, um wichtige Infrastrukturobjekte zu sichern, und es wurde Stärke demonstriert, indem großangelegte Manöver in der Nähe der ukrainischen Grenze abgehalten wurden. In Syrien wurden weitere neue Fähigkeiten an den Tag gelegt. Erstmals seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurde eine *Out-of-area*-Operation unternommen. Diese geriet zu einem technologieintensiven Einsatz der Luftwaffe, ähnlich den Operationen der USA, die seit dem Golfkrieg 1991 von russischen Militärstrategen offen bewundert worden waren. Im Verlauf des Syrieneinsatzes demonstrierte Russland Transportfähigkeiten in der Luft und zur See, die dem Land nur von wenigen Beobachtern zugetraut worden waren, und deren Fehlen vor zehn Jahren eine derartige Operation unmöglich gemacht hätten. Sowohl auf der Krim wie auch in Syrien wurden erhebliche Verbesserungen bei der Koordination erkennbar. Auf der Krim wurde eine ganze Bandbreite militärischer und nichtmilitärischer Taktiken geschickt kombiniert und die stark verbesserte Luft-Boden-Koordination in Syrien bedeutete, dass Russland bislang kein einziges Flugzeug über dem Operationsgebiet verloren hat, im Unterschied zu Georgien, wo in fünf Tagen sieben Maschinen durch *friendly fire* abgeschossen wurden. Allerdings gingen im Herbst 2016 kurz hintereinander zwei Jets bei Landeversuchen auf Russlands einzigem Flugzeugträger im Mittelmeer durch Unfälle verloren. Das hat deutlich gemacht, dass immer noch technologische Probleme bestehen. Die Reformen von 2008 haben die russischen Streitkräfte eindeutig in ein flexibleres Instrument der Außenpolitik verwandelt, wobei jetzt Stufen der Gewalt und entsprechende Taktiken mit Blick auf die spezifischen Ziele in unterschiedlichen Situationen fein abgestimmt werden können. Allerdings

ist dabei zu berücksichtigen, dass sowohl die Krim als auch Syrien in ihrer Dimension begrenzte Operationen waren und uns somit nur wenig Anhaltspunkte über Russlands Fähigkeiten geben, seine militärische Stärke in größerem Maßstab auf globaler Ebene zu projizieren. Angesichts der anhaltenden Probleme mit der angestrebten Mannschaftsstärke, der Beschaffung von Ausrüstung in ausreichender Menge und Qualität sowie angesichts der wirtschaftlichen Stagnation ist es höchst unwahrscheinlich, dass Russland in absehbarer Zukunft in der Lage sein wird, eine *Out-of-area*-Operation mit Bodentruppen in gleicher Dimension wie die der US-geführten Koalition in Afghanistan und dem Irak zu starten und fortzuführen.

Was will Russland?

Bei den Lehren, die aus den russischen Militäreinsätzen auf der Krim und in Syrien zu ziehen sind, sind weniger die verbesserten Fähigkeiten von Bedeutung – obwohl die keinesfalls unbedeutend sind –, sondern eher das neue Vertrauen des Landes in sein Militär als außenpolitisches Instrument sowie der potentielle Wille der russischen Führung, dieses Instrument in Zukunft auch einzusetzen. Es liegt nahe anzunehmen, dass der erfolgreiche Einsatz auf der Krim, der das Image des russischen Militärs sowohl im Ausland als auch im Lande selbst verändert hat, die Führung des Landes in ihrer Entscheidung bestärkt hat, die Luftwaffe über Syrien einzusetzen. Insgesamt ist es wahrscheinlich, dass eine Entscheidung Russlands, unter bestimmten Umständen militärische Gewalt einzusetzen, in Zukunft leichter getroffen wird als etwa noch vor zehn Jahren, wo man Zweifel gehabt hätte, ob für einen Erfolg die notwendigen Fähigkeiten vorhanden sind. Die Luftwaffeneinsätze in Syrien wären vor zehn Jahren schlichtweg nicht möglich gewesen, selbst wenn es den politischen Willen gegeben hätte, sich in einen derartigen Konflikt einzumischen. Russlands gestärktes Vertrauen in seine Streitkräfte ist allerdings nicht zwangsläufig mit der Absicht gleichzusetzen, militärische Gewalt als bevorzugtes Instrument der Außenpolitik einzusetzen – oder aber mit expansionistischen Zielen, wie einige Beobachter befürchten. Eine sichere Einschätzung Russlands zukünftiger Absichten hinsichtlich des Einsatzes militärischer Gewalt erscheint kaum möglich; Absichten können sich mit der Zeit ändern. Allerdings lassen sich Schlüsse aus Russlands Militäreinsätzen in postsowjetischer Zeit ziehen. Wie bereits erwähnt, ist Russland auch vor dem 2008 angestoßenen Modernisierungsprozess und vor der Annexion der Krim der dominierende militärische Akteur im postsowjetischen Raum gewesen. Es hat mit unterschiedlicher Zielsetzung bei einer Reihe von Anlässen militärische Gewalt eingesetzt, wenn das als im natio-

nen Interesse wahrgenommen wurde. Hierzu gehörten verschiedene »Friedenseinsätze« in den 1990er Jahren (Südossetien, Abchasien, Transnistrien und Tadschikistan) und der Krieg mit Georgien 2008. Bei anderer Gelegenheit mischte Russland sich nicht militärisch ein, etwa im Karabach-Konflikt oder bei den Unruhen in Kirgistan 2010, da andere außenpolitische Instrumente angemessener schienen. Bis zur Krim-Annexion hat es durch Russland keinen Einsatz militärischer Gewalt zur Ausdehnung seines Territoriums gegeben, selbst wenn die Möglichkeit dazu bestand, wie nach dem Georgien-Krieg 2008. Es gibt gute Gründe anzunehmen, dass Russland auch in Zukunft in unterschiedlichen Situationen militärische Gewalt einsetzen wird. Es ist allerdings wahrscheinlich, dass Russland dies – wie in der Vergangenheit – zur Verfolgung ganz spezifischer außenpolitischer Ziele und Interessen tun wird.

Ein zentrales Ziel russischer Außenpolitik und ein Schlüssel zu seinen nationalen Interessen war und ist weiterhin die Wahrung eines Großmachtstatus, und zwar auch militärisch, sowie die Wahrnehmung, dass ein solcher Status international anerkannt werden müsse. Die Operationen auf der Krim und in Syrien haben beträchtlich zum Erreichen dieses Ziels beigetragen, da Russland nun wieder als ernstzunehmender militärischer Konkurrent wahrgenommen wird. Der Einsatz militärischer Gewalt zu expansionistischen Zwecken, insbesondere in Situationen, in denen es zu einem direkten Konflikt mit den USA / der NATO führen könnte, dürfte in diesem Kontext kontraproduktiv erscheinen, nicht nur angesichts der – global gesehen – anhaltenden Begrenztheit der russischen Militärmacht, sondern auch, weil es Russlands Großmachtstatus oder gar die Existenz des Staates selbst gefährden würde. Das heißt nicht, dass ein solcher Konflikt nicht im Bereich des Möglichen liegt, doch ist es wahrscheinlicher, dass er aufgrund einer Eskalation von Spannungen entsteht, und nicht durch einen Akt expansionistischer Aggression.

Fazit

Bei einer Abschätzung der möglichen Folgen von Russlands Rückkehr als globaler militärischer Akteur ist zu berücksichtigen – will man nicht zu alarmistischen Schlussfolgerungen gelangen –, dass Staaten heute ein starkes Militär nicht nur für Kriege und territoriale Expansionen unterhalten. Prestige und Image sind hier eindeutig ein wichtiger Faktor, auch und vielleicht insbesondere für Russland. Dies ist ein wichtiger Punkt, wenn es um Überlegungen des Westens zu angemessenen aktuellen und zukünftigen politischen Antworten geht: markante russische Zurschaustellung militärischer Macht in Form von »Kraftmeierei« oder politischem *brinkmanship* zur Stärkung des interna-

tionalen Images kann nicht einfach durch militärische Abschreckung abgewendet werden. Versuche dieser Art könnten weitere Kraftmeierei provozieren und

auf lange Sicht die Gefahr einer unbeabsichtigten Eskalation erhöhen.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

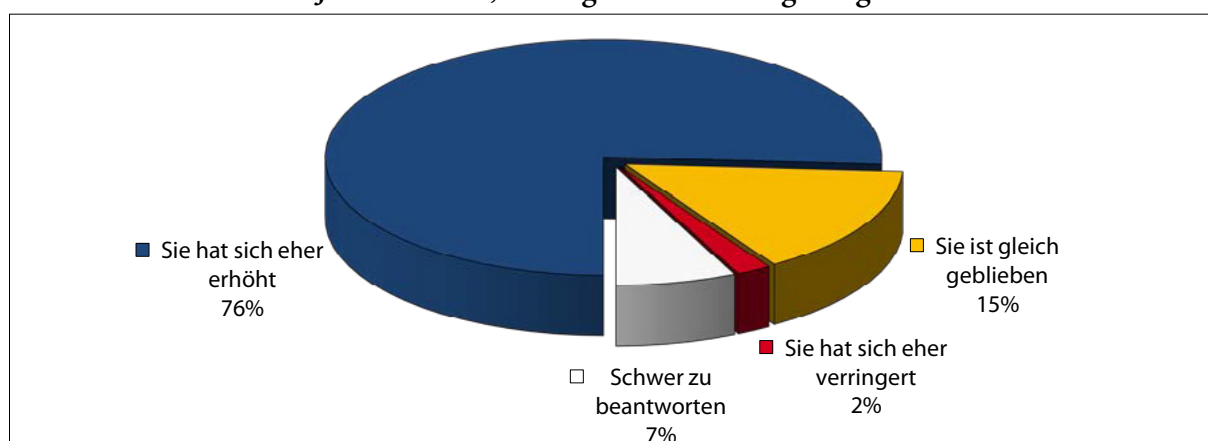
Über die Autorin

Bettina Renz ist Associate Professor an der School of Politics and International Relations der Universität Nottingham

UMFRAGE

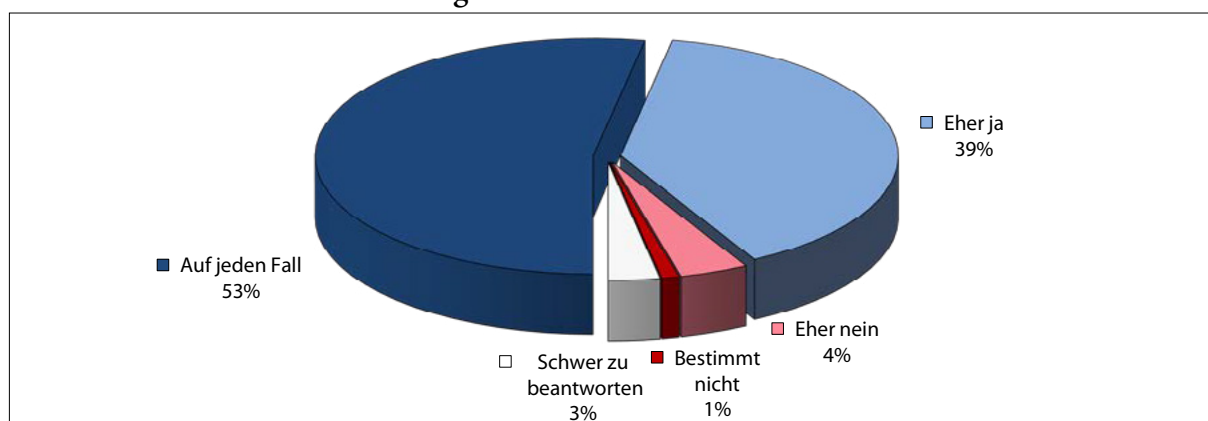
Umfragen zu den Streitkräften Russlands

Grafik 3: Was denken Sie, hat sich die Kampfstärke der russischen Streitkräfte in den letzten zwei bis drei Jahren erhöht, verringert oder ist sie gleich geblieben?



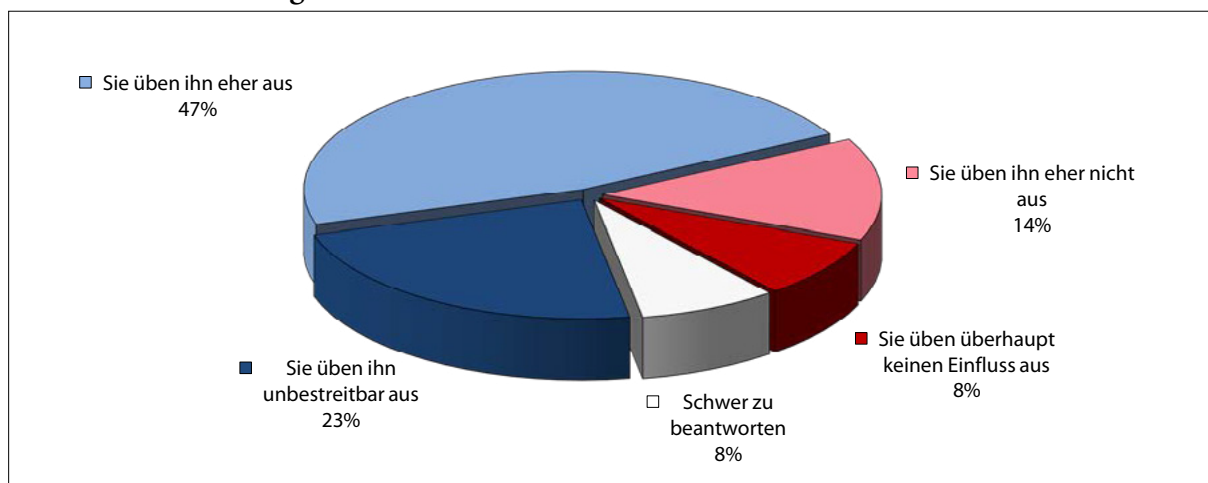
Quelle: Umfragen des WZIOM vom Oktober 2016, <<http://wciom.ru/index.php?id=236&uid=116030>>, 17. Januar 2017

Grafik 4: Was denken Sie, sind unsere Streitkräfte in der Lage, Russland im Fall einer echten militärischen Bedrohung seitens anderer Länder zu schützen?



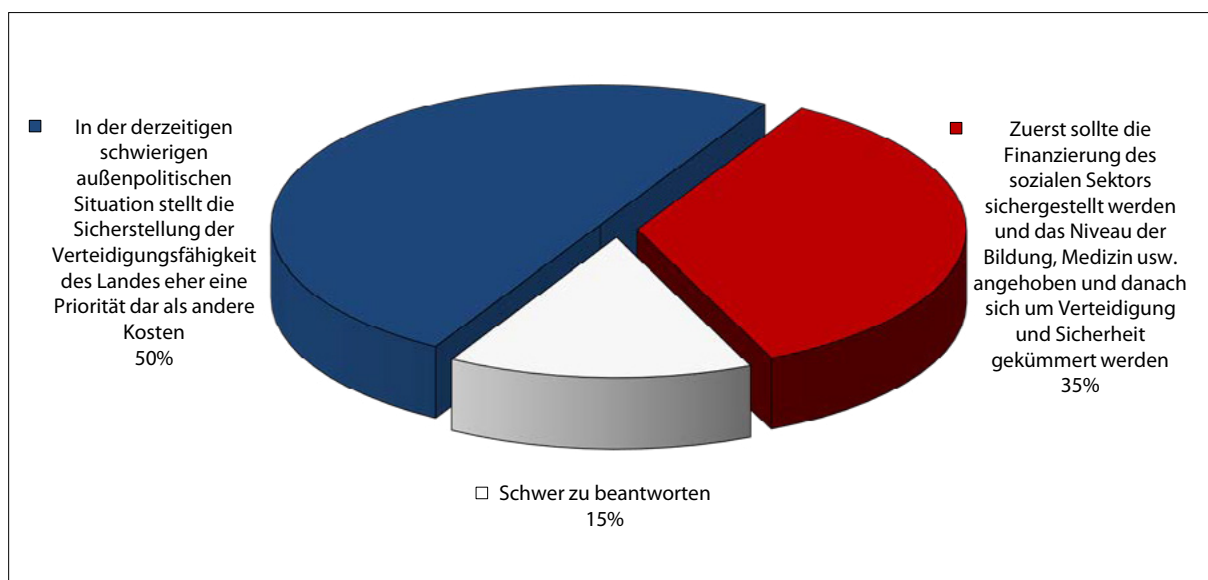
Quelle: Umfragen des WZIOM vom Oktober 2016, <<http://wciom.ru/index.php?id=236&uid=116030>>, 17. Januar 2017

Grafik 5: Was denken Sie, üben die Streitkräfte heute einen wesentlichen Einfluss auf die einfachen Bürger, die russische Gesellschaft aus oder nicht?



Quelle: Umfragen des WZIAM vom Oktober 2016, <<http://wciom.ru/index.php?id=236&cuid=116030>>, 17. Januar 2017

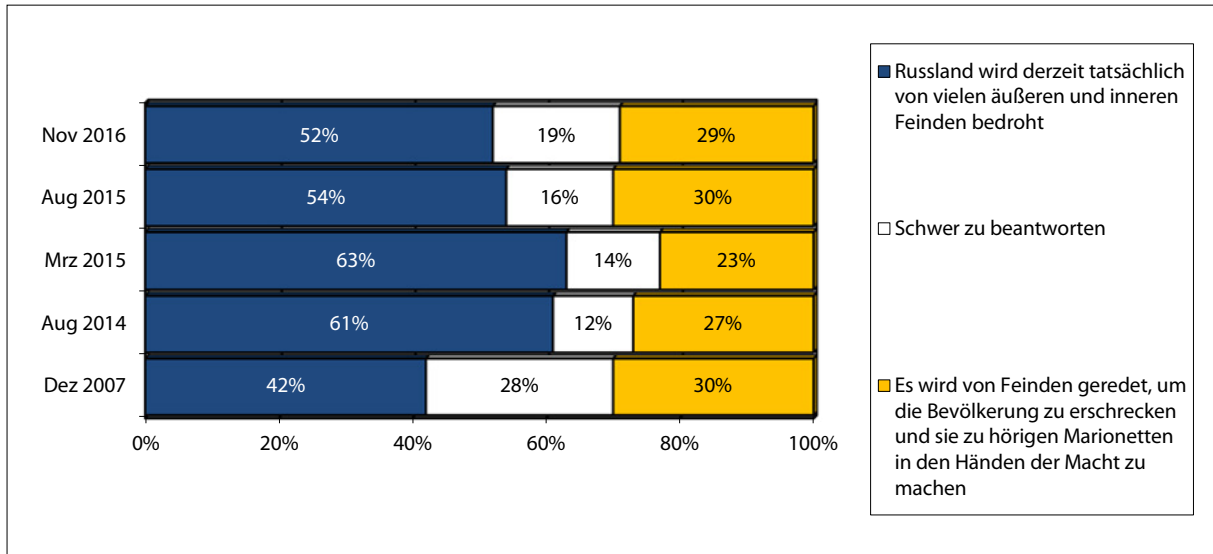
Grafik 6: Stellen Sie sich vor, Sie sprechen mit Ihren Bekannten über die Finanzierung der Streitkräfte. Welche Position nehmen Sie ein?



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 21.–22. August 2016, <<http://wciom.ru/index.php?id=236&cuid=115906>>, 13. Oktober 2016

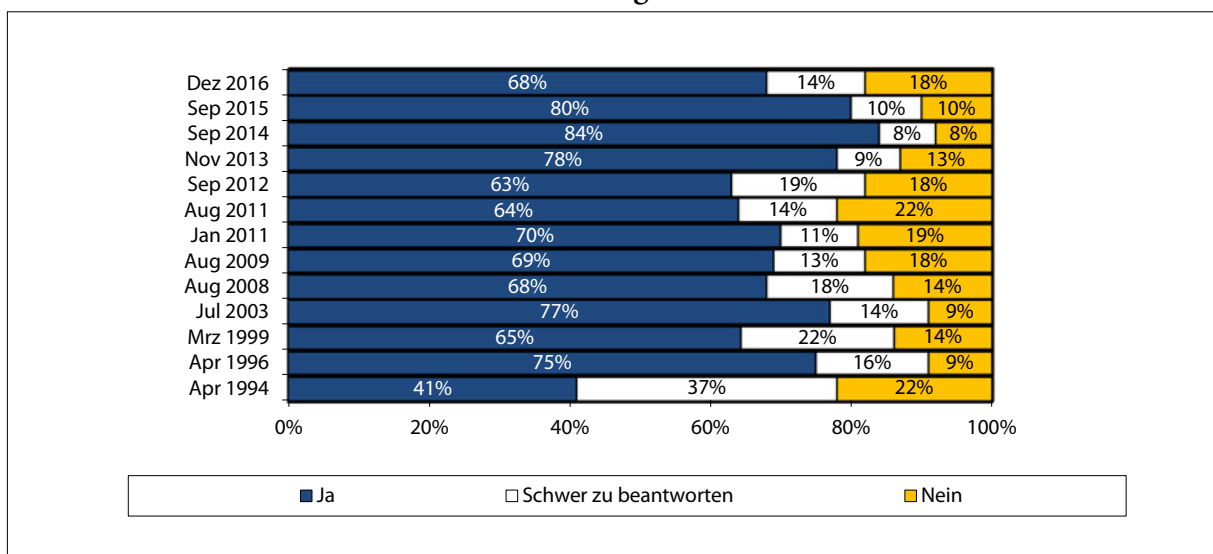
Umfragen zu Feindbildern in der russischen Gesellschaft

Grafik 7: Was denken Sie, wird Russland derzeit tatsächlich von vielen äußeren und inneren Feinden bedroht – oder wird von Feinden geredet, um die Bevölkerung zu erschrecken und aus ihr hörige Marionetten in den Händen der Macht zu machen?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 18.–21. November und 9.–12. Dezember 2016, <<http://www.levada.ru/2017/01/16/vragi/>>, 17. Januar 2017

Grafik 8: Was denken Sie, hat Russland heutzutage Feinde?

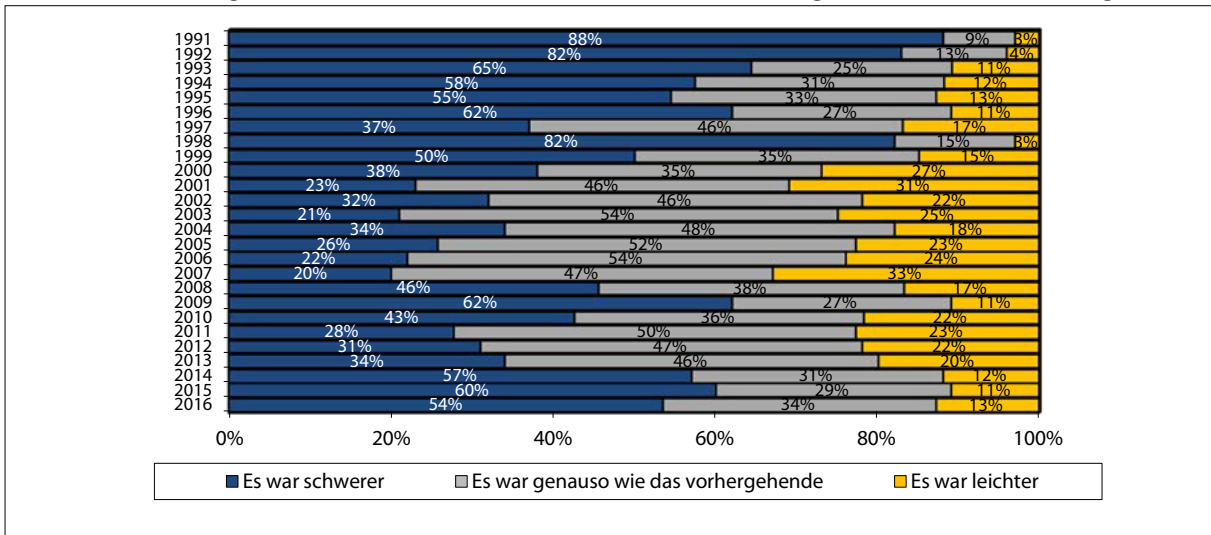


Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 18.–21. November und 9.–12. Dezember 2016, <<http://www.levada.ru/2017/01/16/vragi/>>, 17. Januar 2017

UMFRAGE

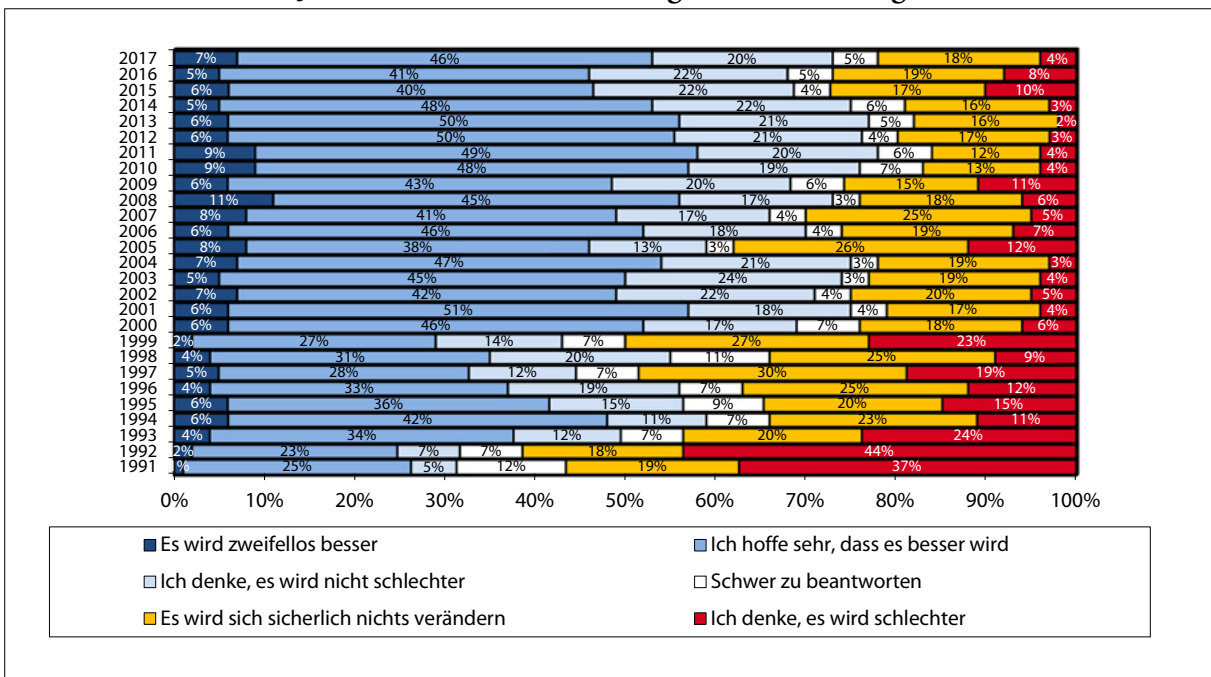
Umfragen zur Bewertung des Jahres 2016 und Erwartungen für 2017

Grafik 9: Das Jahr 2016 geht zu Ende. Was für ein Jahr war es für Russland im Vergleich zum vorhergehenden 2015: War es schwerer, leichter oder genauso wie das vorhergehende?



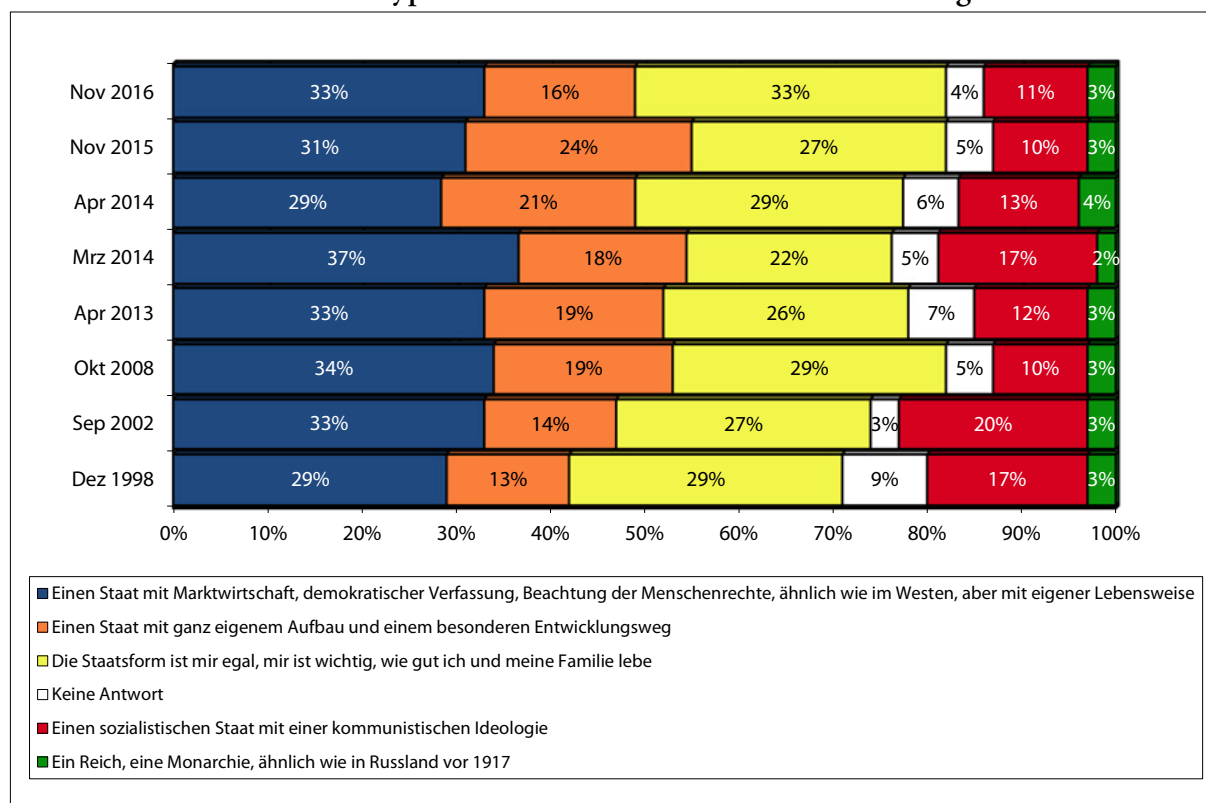
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 9.–12. Dezember 2016, <<http://www.levada.ru/2016/12/20/otsenki-uhodyashhego-goda/>>, 21. Dezember 2016

Grafik 10: Was für ein Jahr wird 2017 für Sie im Vergleich zum vorhergehenden?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 9.–12. Dezember 2016, <<http://www.levada.ru/2016/12/23/15078/>>, 23. Dezember 2016

Grafik 11: Als was für einen Typ Staat würden Sie in Russland in Zukunft gern sehen?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 18.–21. November 2016, <<http://www.levada.ru/2016/12/12/derzhavnost-i-osobyj-put-rossii/>>, 13. Dezember 2016

RANKING

Die 50 wichtigsten Politiker Russlands 2015 und 2016

Die Tageszeitung »Nesawisimaja Gaset« veröffentlicht monatlich ein Ranking der 100 wichtigsten russischen Politiker. Diese monatlichen Rankings werden jeweils im Januar des Folgejahres zu einem Jahresranking zusammengefasst. Die ersten 53 Positionen dieses Rankings werden hier aufgeführt.

Tabelle 1: Die 50 wichtigsten Politiker Russlands 2015 und 2016 – Politikerranking der Tageszeitung »Nesawisimaja gaset« 2015 und 2016 im Vergleich

Rang 2016	Rang 2015	Aufstieg (+) und Abstieg (-)	Name	Funktion
1	1	0	Putin, Wladimir Wladimirowitsch	Präsident
2	2	0	Medwedew, Dmitrij Anatoljewitsch	Ministerpräsident
3	6	3	Schojgu Sergej Kusugetowitsch	Verteidigungsminister
4	5	1	Wolodin, Wjatscheslaw Wiktorowitsch	Vorsitzender der Staatsduma; bis Oktober 2016 Erster Stellvertretender Leiter der Präsidentialadministration

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Die 50 wichtigsten Politiker Russlands 2015 und 2016 – Politikerranking der Tageszeitung »Nesawisimaja gaseta« 2015 und 2016 im Vergleich (Fortsetzung)

Rang 2016	Rang 2015	Aufstieg (+) und Abstieg (-)	Name	Funktion
5	4	-1	Lawrow, Sergej Wiktorowitsch	Außenminister
6	3	-3	Iwanow, Sergej Borisowitsch	Sonderbeauftragter des Präsidenten für Naturschutz, Umwelt und Verkehr; bis 12. August 2016 Leiter der Präsidentialadministration
7	7	0	Setschin, Igor Iwanowitsch	Vorstandsvorsitzender des staatlichen Mineralölkonzerns Rosneft
8	12	4	Kirill	Patriarch von Moskau und der Ganzen Rus
9	11	2	Siluanow, Anton Germanowitsch	Finanzminister
10	8	-2	Bortnikow, Alexander Wasiljewitsch	Direktor des Inlandsgeheimdienstes FSB
11	16	5	Nabiullina, Elwira Sachipzadowna	Präsidentin der Zentralbank
12	40	28	Wajno, Anton Eduardowitsch	Leiter der Präsidentialadministration (seit August 2016)
13	9–10	-4	Peskow, Dmitrij Sergejewitsch	Pressesekretär des Präsidenten, Stellvertretender Leiter der Präsidentialadministration
14	9–10	-5	Schuwalow, Igor Iwanowitsch	Erster Stellvertretender Ministerpräsident, zuständig für Wirtschaftspolitik
15		Neu	Solotow, Wiktor Wasiljewitsch	Armeegeneral, Oberbefehlshaber der Nationalgarde
16	20	4	Patruschew, Nikolaj Platonowitsch	Sekretär des Sicherheitsrats, früher Direktor des Inlandsgeheimdienstes FSB
17	13	-4	Bastrykin, Alexander Iwanowitsch	Vorsitzender des Strafermittlungskomitees der Russischen Föderation
18	15	-3	Miller, Alexej Borisowitsch	Vorstandsvorsitzender des Energiekonzerns Gazprom
19	17–18	-2	Gromow, Alexej Alexejewitsch	Erster Stellvertretender Leiter der Präsidentialadministration
20	17–18	-3	Sobjanin, Sergej Semjonowitsch	Bürgermeister von Moskau
21	22	1	Tschemesow, Sergej Wiktorowitsch	Generaldirektor des Staatskonzerns »Rostech«
22	37	15	Rotenberg, Arkadij Romanowitsch	Milliardär, Finanzier, langjähriger Judoka, Sportförderer
23	32	9	Gref, German Oskarowitsch	Vorstandsvorsitzender der »Sberbank«, früherer Wirtschaftsminister
24–25	19	-5	Naryschkin, Sergej Jewgenjewitsch	Leiter des Auslandsnachrichtendienstes SWR, bis Herbst 2016 Vorsitzender der Staatsduma
24–25	21	-3	Matwijenko, Walentina Iwanowna	Vorsitzende des Föderationsrates (Oberhaus des russischen Parlaments)
26	29–30	3	Kowaltschuk, Jurij Walentinowitsch	Vorsitzender des Direktorenrates der Bank »Rossija«, Unternehmer
27	23	-4	Dworkowitsch, Arkadij Wladimirowitsch	Stellvertretender Ministerpräsident, Ökonom
28	27	-1	Golikowa, Tatjana Aleksejewna	Vorsitzende des Rechnungshofes der Russländischen Föderation
29	28	-1	Tschajka, Jurij Jakowlewitsch	Generalstaatsanwalt
30	24	-6	Golodez, Olga Jurjewna	Stellvertretende Ministerpräsidentin, Gesundheits- und Sozialpolitik
31	14	-17	Rogosin, Dmitrij Olegowitsch	Stellvertretender Ministerpräsident, Rüstungswirtschaft

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Die 50 wichtigsten Politiker Russlands 2015 und 2016 – Politikerranking der Tageszeitung »Nesawisimaja gaseta« 2015 und 2016 im Vergleich (Fortsetzung)

Rang 2016	Rang 2015	Aufstieg (+) und Abstieg (-)	Name	Funktion
32	25	-7	Kolokolzew, Wladimir Alexanderowitsch	Innenminister
33	31	-2	Prichodko, Sergej Eduardowitsch	Stellvertretender Ministerpräsident, Leiter des Regierungsapparats
34	36	2	Belousow, Andrej Remowitsch	Assistent des Präsidenten, bis 2013 Wirtschaftsminister
35	29–30	-6	Timtschenko, Gennadij Nikolajewitsch	Unternehmer, Finanzier, Besitzer von »Volga Group«, einem Großinvestor
36–37	33	-3	Sjuganow, Gennadij Andpeewitsch	Vorsitzender der Kommunistischen Partei Russlands (KPRF), Fraktionsvorsitzender
36–37	41–42	5	Woronowa, Tatjana Gennadjewna	Leiterin des Apparats der Staatsduma
38	38–39	0	Usmanow, Alischer Burchanowitsch	Milliardär, Finanzier, Gründer von »USM Holdings«
39	48	9	Artemjew, Igor Jurjewitsch	Leiter des Föderalen Antimonopoldienstes
40–41	43	3	Trutnew, Jurij Petrowitsch	Stellvertretender Ministerpräsident, Bevollmächtigter Vertreter des Präsidenten für den Föderalbezirk Fernost
40–41	45	5	Newerow, Sergej Iwanowitsch	Stellvertretender Vorsitzender der Staatsduma, Mitglied der KPRF
42	47	5	Brytschewa, Larisa Igorewna	Gehilfe des Präsidenten, Leiterin der Abteilung für Staat und Recht
43	34	-9	Abramowitsch, Roman Arkadjewitsch	Milliardär, Unternehmer, Besitzer des britischen Fußballclub »Chelsea«
44	35	-9	Deripaska, Oleg Wladimirowitsch	Milliardär, Unternehmer, Aufsichtsratsvorsitzender (und Mitbesitzer) der Gesellschaft »Basowyj Element«
45	57	12	Tkatschow, Alexander Nikolajewitsch	Landwirtschaftsminister
46	41–42	-5	Ernst, Konstantin Lwowitsch	Generaldirektor des Fernsehsenders »Erster Kanal«, Medienmanager
47	67	20	Kirijenko, Sergej Wladilenowitsch	Erster Stellvertretender Leiter der Präsidialadministration; bis Oktober 2016 Generaldirektor des Atomkonzerns »Rosatom«
48–49	26	-22	Kosak, Dmitrij Nikolajewitsch	Stellvertretender Ministerpräsident
48–49	60	12	Kadyrow, Ramsan Achmatowitsch	Oberhaupt der Republik Tschetschenien
50	64	14	Lewitin, Igor Jewgenjewitsch	Assistent des Präsidenten, bis 2012 Verkehrsminister
51	72–73	21	Kudrin, Alexej Leonidowitsch	Leiter der NGO »Komitee der Bürgerinitiativen« (KGI), bis 2011 Finanzminister
52	49–50	-3	Dobrodejew, Oleg Borisowitsch	Generaldirektor des staatlichen Medienkonzerns WGTRK, Medienmanager
53	49–50	-4	Uljukaew, Alexej Walentinowitsch	Wirtschaftsminister, im November 2016 verhaftet und abgesetzt

Quelle: Orlow, Dmitrij: 100 weduschtschich politikow Rossii w 2016 godu, in: Nesawisimaja Gaseta, 11. Januar 2017 <<http://www.ng.ru/ideas/2017-01-11/56899100politik.html>, 11. Januar 2017>; Orlow, Dmitrij: 100 weduschtschich politikow Rossii w 2015 godu, in: Nesawisimaja Gaseta, 13. Januar 2016 <<http://www.ng.ru/ideas/2016-01-13/9top100.html>, 13. Januar 2016>.

Hybrid oder autoritär?

Debatte um das politische System in Russland

Sergey Medvedev, Berlin

Wie in der Weihnachtszeit in Deutschland scheint in Russland während der Neujahrferien nach Silvester das Leben stillzustehen. Die Nachrichtensendungen werden in einem Expressformat gesendet. Zehn Tage lang bleibt das Fernsehen nahezu politikfrei. Berichtet wird neben Eilmeldungen vor allem über die Neujahresbräuche in der ganzen Welt und in den russischen Regionen. In den sozialen Netzwerken entfaltete sich aber in diesem Jahr eine heiße Debatte, nachdem die Politologin Jekaterina Schulman in einem Interview für »Rosbalt.ru« am 2. Januar Russland als hybrides Regime eingestuft hatte. In der Auffassung Schulmans kann von Autokratie, Diktatur oder Tyrannei keine Rede sein, wenn es in dem Land wenigstens zwei Parteien und reguläre Wahlen gibt.

Im Neujahresnachrichtenvakuum sorgte das umstrittene Interview für viel Aufsehen und schlug vor allem unter den Kollegen Schulmans wie eine Bombe ein. Dass sie das System Putin für »hybrid« und somit für lebensfähig und transformierbar hält, sorgte in liberalen Kreisen für viel Kritik. Der Professor der Europäischen Universität in St. Petersburg, Grigorij Golosow, wirft der renommierten Dozentin übermäßigen Optimismus vor und warnt davor, autoritäre Regime zu verharmlosen. Der Experte des Moskauer Carnegie-Zentrums, Konstantin Gaase, weist in seinem Beitrag darauf hin, dass im heutigen Russland angesichts der Kontrolle des Kreml über alle föderalen Staatsorgane und der Konzentration der Macht in den Händen des Präsidenten eine »persönliche Diktatur« herrsche. Für weitere Empörung sorgte die Aussage Schulmans über die Ukraine, die sie als Anokratie bzw. einen schwachen Staat bezeichnete. Der Publizist Alexander Morozov seziert die Argumentationslinie Schulmans und weist darauf hin, dass sich die Lage in der heutigen Ukraine nicht sonderlich von der in der bulgarischen oder serbischen Politik unterscheide. Der Blogger Dmitrij Gubin, der das Interview mit Schulman geführt hatte, bedauert die Entwicklung der Debatte dahingehend, dass sowohl Putin-Anhänger als auch seine Kritiker dazu tendieren, Russland einen Sonderweg zuzuschreiben, wobei Putins Regime sich von der Türkei, Aserbaidzhan oder Tunesien nicht so sehr unterscheiden würden.

Das hybride Russland ist flexibel wie eine Raupe

Jekaterina Schulman, Russische Akademie für Volkswirtschaft und den Staatsdienst beim Präsidenten der Russischen Föderation (RANEP), Moskau

»- Wissen Sie, Jekaterina Michailowna [Schulman], weil der Begriff »hybrides Regime« neu und nicht etabliert ist – benutzt werden u. a. »partielle Demokratie«, »leere Demokratie« und »illiberale Demokratie« – schlage ich etwas Einfaches vor: Ich werde Länder aufzählen und Sie sagen, ob es sich um ein hybrides Regime handelt oder nicht. Also: Singapur, China, Russland, Südkorea...

- Dazu erst einmal eine Anmerkung. Jede beliebige wissenschaftliche Klassifizierung ist bedingt. Länder auf Körbe zu verteilen, würde eine Vereinfachung der Situation bedeuten. Ohne Klassifizierung kann aber die Wissenschaft nicht existieren. In der Wissenschaft gibt es momentan den Konsens, dass ein Mehrparteiensystem und reguläre Wahlen das Eintrittsticket zu dem zauberhaften Klub hybrider Länder darstellen. Wie autoritär ein Regime auch sein mag, wenn es zumindest zwei Parteien gibt und die an Wahlen teilnehmen können, die in gesetzlich bestimmten Zeiträumen stattfinden, gilt das Land nicht mehr als eine klassische Autokratie, Diktatur oder Tyrannei.

Deswegen ist China, wo es nur eine Partei gibt, kein hybrides Regime oder »autoritäres Regime mit Wettbewerb« – das ist ein weiterer Begriff, der von Steven Levitski und Lucan Way geprägt wurde, die das Buch »Competitive Authoritarianism: Hybrid Regimes after the Cold War« geschrieben haben. Auf seinem Einband ist übrigens ein russischer Polizist zu sehen, der einen Demonstranten verprügelt...

Als mustergültige Hybride gelten Russland und Venezuela.

Singapur aber, ist kein Hybrid, sondern ein viel offener autokratisches Regime mit faktischem Einparteiensystem. Südkorea passt auch nicht, weil es dort sowohl Wahlen als auch mehrere Parteien gibt, und die in Wettbewerb stehenden Medien haben nicht Imitations-, sondern institutionellen Charakter.

Ich möchte aber nochmals betonen: Wir können nicht wie Biologen strenge Grenzen zwischen den Arten ziehen. Gleichzeitig müssen wir uns mit der Einordnung beschäftigen und dabei Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen politischen Regimen feststellen. Jetzt lassen Sie uns aber mit Ihrer Liste weitermachen...

- Kasachstan, Kirgisien?...

- Ja, ja! Das sind Hybride. Es gibt unterschiedliche Parteien, gewisse Wahlelemente... Obwohl die letzten Ereignisse in Kasachstan und der Versuch, zu einer »ewigen Herrschaft« überzugehen das Land in eine Reihe mit Autokratien stellen. Noch aber sind sie Hybride.

- *Belarus?*

- Nein. Dort gibt es keine regulären Wahlen und das Mehrparteiensystem ist so gut wie abgeschafft.

- *Türkei?*

- Ja, das ist ohne Zweifel ein Hybrid.

- *Tadschikistan, Turkmenistan?*

- Nein, das sind reine Autokratien

- *Der Iran und Irak?*

- Der Irak ist ein *failed state*, ein zerfallener Staat. Der Iran wird als theokratische Demokratie bezeichnet – das ist kein Hybrid, dort werden westliche Institutionen nicht imitiert, dort gibt es keine Rotation durch Wahlen. Wenn die Macht im Iran von den unterschiedlichen Revolutionsgarden und religiösen Akteuren langsam an gewählte Organe übergeht, würde es eine Bewegung in Richtung Hybridität bedeuten.

- *Und schließlich die Ukraine.*

- Die Ukraine ist eine sogenannte Anokratie oder ein schwacher Staat. Die Ukraine hat mit Russland überhaupt nichts gemein. Sie fällt aus der postsowjetischen Staatsmatrix heraus. Schwacher Staat bedeutet aber eine Kreuzung vieler Möglichkeiten. Die Ukraine kann sowohl in Richtung *failed state* als auch in Richtung Demokratie getrieben werden. Bisher ist es ein politisches System mit schwach ausgeprägtem Staatszentrum; bei Hybriden ist die Macht der staatlichen Apparate normalerweise größer. [...]

Worin liegt denn der Segen der Hybridität? Sie ist flexibler und anpassungsfähiger als die Autokratie. Hybride können wie eine Raupe jene Schwelle überqueren, an der Autokratien zerbrechen – auf Grund der Tatsache, dass diese so weich, unbestimmt [...] sind und eine beliebige Form imitieren können. Statt in Putins Personalentscheidungen Stalinismus zu sehen, wäre es vernünftiger, hierin einen Versuch des Systems zu erkennen, sich von schlechten Verwaltungsmanagern zu trennen, für die man kein Geld übrig hat. Sie müssen durch solche ersetzt werden, die – aus Sicht des Systems – billiger und effizienter sind. Das ist nicht der Wille einer bestimmten Person. Das System besitzt kollektive Vernunft: es will sich erhalten. Dadurch, dass es aber keine Demokratie ist, und es weder normale Rotation noch »Fahrstühle« für den Beruflichen Aufstieg gibt, sucht das System neue Manager in der Nähe [...]

Jekaterina Schulman am 2. Januar 2017 im Interview für Rosbalt; <<http://www.rosbalt.ru/russia/2017/01/02/1579820.html>>.

Russland für ein hybrides Regime zu halten ist zu optimistisch

Grigorij Golosow, Politologe, Europäische Universität St. Petersburg

»Und noch einmal bezüglich des Werkes von Jekaterina Schulman. [...] Ich werde erstmal über hybride Regime sprechen. Dieser Begriff ist in letzter Zeit zu oft zu hören, dabei in der Regel von der gleichen Autorin, die unter den Internetnutzern und Radiozuhörern derart berühmt ist, dass die Idee sich in immer mehr Köpfen festsetzte. Also meine ich (von den Umständen abstrahierend, unter denen dieser Begriff als Übergang zu einem sehr viel präziseren Begriff von elektoralen Autoritarismus per se entstand), dass dieser Begriff entweder als Oberbegriff seine Berechtigung hat, indem er sich auf zwei unterschiedliche Phänomene bezieht – auf unvollkommene (defekte) Demokratie und auf elektoralen Autoritarismus, oder als Restbegriff, wenn wir es mit empirisch nicht definierbaren Fällen zu tun haben. Solche Fälle gibt es aber sehr wenig. Als Oberbegriff hat er eine beschreibende Funktion (weil er eine Unterscheidung dieser Reihe von Phänomenen ermöglicht: von vollwertigen Demokratien wie auch von Autokratien ohne formalisierte Struktur eines politischen Wettbewerbs) aber keinen Erklärungswert. In Bezug auf die Grundkausalität sind die Demokratien, auf die er angewendet wird, Demokratien (z. B. Kolumbien) und autoritäre Regime (z. B. Russland). Die Texte von Schulman sind nicht ganz ohne, sonst würde ich mich hier nicht in die Details des komparativen Ansatzes vertiefen. Diese Texte zeigen, was passiert, wenn die Entwicklungslogik mangelhafter Demokratien auf autoritäre Regime angewandt wird. So entsteht großer Optimismus, was immer angenehm ist. Was angenehm ist, muss aber nicht unbedingt gesund sein.«

Grigorij Golosow am 4. Januar auf Facebook; <<https://www.facebook.com/grigorii.golosov/posts/946786468756534>>.

Die Ukraine ist keine Anokratie

Alexander Morozov, Publizist (Bonn)

«Schulman bezeichnet im Interview mit Rosbalt die Ukraine als »Anokratie«, verwendet also den Begriff, der sich in der internationalen Politikwissenschaft auf Somali und Simbabwe bezieht. Sie begeht dabei eine völlig schmuggel-

artige Übertragung dieses Begriffs, der im Grunde eine Lähmung staatlicher Institutionen und einen Wechsel der Macht zu einer Allianz konkurrierender Gruppierungen bedeutet. Und sie setzt dann den Ausdruck »schwacher Staat« daneben. Das ist ein vollkommen enttäuschender Trick in ihrem Interview. Das ist ja völliger Unsinn. Diese Haltung unterscheidet sich kaum von der propagandistischen Haltung von Russia Today und dem »Perwyj Kanal«. Dabei stellt die Ukraine offensichtlich weder einen *failed state*, noch eine *anocracy* oder einen »schwachen Staat« im Netz politikwissenschaftlicher Klassifizierung dar. Wie denn – wird die Straßengewalt in der Ukraine etwa durch lokale Banden kontrolliert? Funktionieren etwa die Gerichte nicht? Hat sich die Zentralbank von der eigenen Währung verabschiedet wie in Simbabwe, und ist nicht in der Lage, mit einer galoppierenden Inflation klarzukommen? Ist die Nationalarmee zerfallen? Gibt es etwa radikale Unterschiede zwischen dem politischen Zustand der Ukraine und beispielsweise dem in Bulgarien oder Serbien? [...]

Alexander Morozov am 4. Januar 2017 auf Facebook; <https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=10207918932035653&id=1367268883>.

Russland ist keineswegs ein einzigartiges Land

Dmitrij Gubin, Blogger und Publizist, Rosbalt.ru

»[...] Ich bin aufrichtig erschüttert, dass Schulman vorgeworfen wird, die Theorie der hybriden Regime spiele dem Regime angeblich in die Hände. Den Wissenschaftler sollte diese Seite unter keinen Umständen interessieren. Er soll sich damit beschäftigen, ob seine Theorie dem Wesen nach widersprüchlich ist oder nicht, ob sie erklärende oder vorhersagende Kraft hat, ob sie dem Falsifikationismus entspricht, d. h. überprüfbar ist.

Mir gefällt beispielsweise überhaupt nicht, was in den letzten 16 Jahren in Russland geschieht. Ich sehe aber, dass die Situation sich von der unter Breschnew unterscheidet, ganz zu schweigen von der Stalin-Zeit. Trotz starker Einschränkung der Pressefreiheit darf ich u. a. diesen Text veröffentlichen und Sie ihn lesen – ohne jegliche administrative Konsequenzen befürchten zu müssen. Die Theorie über Autokratien schließt das aus. Aber in hybriden Regimen ist das nicht ohne Eleganz erklärbar. Genauso nachvollziehbar wie vieles anderes. Etwa, warum die Leute, die unter Breschnew die Kirche wütend unterdrückten, heute [im Gebet] die Stirn auf den Kirchenboden schlagen, dass es Risse gibt. Im Boden, nicht in den Schädeln.

[...] Ich sehe, dass sowohl vehemente Putin-Kritiker, als auch vehemente Schulman-Kritiker Russland gerne für ein böses, unerträgliches Land (es stimmt: der Braindrain nimmt zu), aber für ein einzigartiges Land mit einem Sonderweg halten. Die Idee, dass Russland nicht »einzigartiger« ist als Kasachstan, Ruanda oder die Türkei (die Theorie über hybride Regime vereint ja diese Länder), können sie nicht ertragen. Der Patriot hört lieber, dass Russland und Putin das Böse der Welt sind, als die Behauptung, dass Russland nach seiner politischen Struktur eng mit Aserbaidschan und Tunesien verwandt ist. Es ist aber viel rationaler, sich selbst als einen Teil der Welt betrachten – dann versteht man die inneren Prozesse besser. Falls wir natürlich verstehen wollen, wohin wir steuern und wann wir zerschmelzen [...]

Dmitrij Gubin am 13. Januar auf rosbalt.ru; <<http://www.rosbalt.ru/blogs/2017/01/13/1582996.html>>.

Russland ist ein reines Beispiel persönlicher Diktatur

Konstantin Gaase, Carnegie-Zentrum Moskau

»[...] Spricht man in der Sprache der komparativen Politikwissenschaft, gibt es in Russland keine nennenswerten Merkmale eines »hybriden« Regimes. Personalfragen liegen u. a. laut Verfassung fast ausschließlich in den Händen des Präsidenten: Durch seine Erlasse werden alle *Silowiki*, alle Richter, alle föderalen Minister, alle Chefs der Staatskorporationen bestimmt. Die Sicherheitsorgane sind ebenfalls dem Staatsoberhaupt unterstellt. Der aktuelle politische Kurs wird ebenfalls von ihm bestimmt: Gemäß dem Gesetz über strategische Planung, das 2014 verabschiedet wurde, gilt die jährliche Botschaft des Präsidenten als Leitdokument strategischer Planung.

Die Parteien und Militärintstitutionen haben keinen Schlüssel zur Entscheidung in diesen Fragen und haben kaum Einfluss darauf. Die »Hybridisierung« des Regimes sieht eher wie eine der Entwicklungsszenarien aus: falls die Kirche, die Staatsduma, die Regionen, die Militär-Industrielle Lobby, die Zentralbank, der Rechnungshof als eigenständige politische Akteure stärker werden, dann könnte Russland möglicherweise bis zum Jahr 2024 hybrid werden. Momentan aber ist es ein reines Beispiel für persönliche Diktatur. [...]

Konstantin Gaase am 13. Januar 2017 auf carnegie.ru; <<http://carnegie.ru/commentary/?fa=67673>>.

*Ausgewählt und eingeleitet von Sergey Medvedev, Berlin
(Die Blogs, auf die verwiesen wird, sind in russischer Sprache verfasst)*

Sehnsucht nach der »guten alten Zeit« – 25 Jahre nach dem Ende der Sowjetunion

Jens Siegert, Moskau

Das Ende der Sowjetunion sei »die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts« gewesen, lautet eine berühmte, vielleicht die berühmteste Behauptung des russischen Präsidenten Wladimir Putin. Viele Menschen im Land hadern wie er damit, dass das russische Imperium in seiner letzten Form »Sowjetunion« seit 25 Jahren der Geschichte angehört. Ende vorigen Jahres antworteten in einer Lewada-Umfrage 56 Prozent der Befragten, sie bedauerten das Auseinanderbrechen der Sowjetunion. 51 Prozent waren der Meinung, man hätte das verhindern können (<http://www.levada.ru/2016/12/05/grazhdane-sozhaleyut-o-raspade-sssr/>).

Interessanterweise haben sich die Zahlen seit 1992 kaum verändert. Damals waren diese beiden Fragen vom Lewada-Vorgänger »Allrussisches Zentrum zur Erforschung der Öffentlichen Meinung« (WZIOM) erstmals gestellt worden, und 66 Prozent hatten den Zerfall der Sowjetunion bedauert, während 58 Prozent davon überzeugt waren, dass es auch anders hätte kommen können. In den sieben gleichen Umfragen zwischen 1992 und heute blieben die Zahlen mit leichten Schwankungen in dieser Bandbreite: 55 bis 75 Prozent bedauerten das Ende, 51 bis 65 Prozent fanden es unnötig (<http://www.levada.ru/2008/12/23/rossiyane-o-raspade-sssr-i-budushhem-sng-2/>). Es war und ist offenbar für viele Menschen in Russland (durchaus im Gegensatz zu Menschen in den anderen Staaten, die einmal Teil der Sowjetunion waren) weiterhin schwer zu verstehen und mitunter noch schwieriger zu akzeptieren, wie dieser (atom-)waffenstarrende Gigant, diese zweite Supermacht der Welt binnen weniger Jahre einfach so implodieren konnte. Viele Russinnen und Russen plagt bis heute das Gefühl (und manche die Gewissheit), dass das nicht mit rechten Dingen zugegangen ist (sein kann).

Die Frage heute ist, was sich diese Menschen, die die Sowjetunion hätten retten wollen, unter ihr vorstellen. Was wollten sie retten? Welche Eigenschaften der Sowjetunion oder besser, welche Eigenschaften, die sie der Sowjetunion zuschreiben, wünschen sie sich heute für Russland? Mir scheint die Antwort auf diese Frage, warum sich so viele Menschen immer noch oder immer wieder mit einer gewissen Nostalgie an der Sowjetunion erinnern, vor allem zwei Aspekte zu haben. Der erste ist nach außen gerichtet und hat mit dem Gefühl zu tun, Teil eines großen, eines mächtigen, eines geachteten Landes zu sein oder sein zu wollen. Der zweite Aspekt ist

ein eher innerer. Es geht um eine Sehnsucht, die in der einen oder anderen Form in den meisten Gesellschaften virulent ist: Die Sehnsucht nach einer »guten, alten Zeit«.

Wenn die Sowjetunion nicht hätte untergehen müssen und sollen oder ihr Untergang, wie Putin sagt, eine »Katastrophe« darstellt, dann stellt sich zudem die Frage, was denn genau an ihr so erhaltenswert war. Für eine Mehrheit der Menschen in Russland war das, vereinfacht gesprochen und von heute aus gesehen vor allem ihre (große) Macht und der damit verbundene Status in der Welt. Eine Großmacht zu sein, so hört man immer wieder in Gesprächen, kann man in vielen Artikeln lesen oder ständig in Fernseh- und Radiotalkshows hören, ist nach Meinung vieler Menschen in Russland eine Art natürliches Recht ihres Landes.

Mitunter wird dieses Recht historisch begründet. Einerseits durch die Fähigkeit Russlands, sich so auszudehnen, wie es das seit dem 15. Jahrhundert getan hat. Wer das geschafft habe, heißt es dann oft, sei ein starkes Volk, das eben deshalb einen besonderen Platz unter den Völkern dieser Erde einnehmen müsse. Andererseits wird der Großmachtstatus Russlands, seine als besonders angegebenen Sicherheitsbedürfnisse immer wieder mit den »Leiden« gerechtfertigt, die »das russische Volk« über die Jahrhunderte habe ertragen müssen. Ständig seien in der Geschichte von allen Seiten Feinde in das russische Kernland eingefallen und nur unter größten, gemeinsamen und hohen Blutzoll fordernden Anstrengungen sei es gelungen, sie wieder zu vertreiben. Die Reihe dieser Überfälle reicht von den »tatarischen Horden« über Napoleon bis zum nationalsozialistischen Deutschland im Zweiten Weltkrieg. All das hat einen besonderen Platz in der nationalen Erinnerung. Die Tributpflicht den Tataren gegenüber wird als »Joch« bezeichnet. Der Krieg gegen Napoleon Anfang des 19. Jahrhunderts heißt im innerrussischen Diskurs »Vaterländischer Krieg«, der gegen Deutschland in der Mitte des 20. Jahrhunderts »Großer Vaterländischer Krieg«.

Mit sehr viel Gespür und Können dient Wladimir Putins diesen Ansichten und Gefühlen und bedient sich ihrer gleichzeitig. Er nennt das »Russland von den Knien wieder aufrichten«. Dabei nährt diese Politik systematisch ein weit verbreitetes Gefühl der Unsicherheit und der Bedrohung von außen, die es angeblich notwendig machen, möglichst viel des Raumes, der einmal zur Sowjetunion gehört hat, wieder unter direkte oder zumin-

dest indirekte russische Kontrolle zu bekommen. Für die Notwendigkeit dieser Raumbeherrschung werden meist zwei Gründe angegeben. Zum einen diene der Raum als eine Art Sicherheitspuffer, ohne den eine Land(groß) macht wie Russland ohne klare geographische und geologische Grenzen nicht sein könne (Maxim Trudoljubow hat das einmal als immer weiter vom Kreml entfernte konzentrische Verteidigungsringe beschrieben: <<http://www.vedomosti.ru/opinion/columns/2015/09/04/607467-respublika-sten-moskvi>>). Zum anderen sei dieser Raum durch Russland und die Russen historisch geprägt und »gehöre« damit zu Russland (ich bin darauf in diesen Notizen unlängst in Bezug auf die Diskussion um ein »russländisches Volk« eingegangen: <<http://russland.boellblog.org/2016/11/18/lebt-in-russland-ein-russlaendisches-volk/>>). Der Zerfall der Sowjetunion wird in dieser Sichtweise schnell vor allem zu einem Sicherheitsproblem, und er wird oft als Werk äußerer Feinde dargestellt.

Diese Debatten sind in Russland nicht neu. Es hat sie mit mehr oder weniger Intensität seit dem Ende der Sowjetunion immer gegeben. Aber spätestens seit dem Frühjahr 2014, seit der Annexion der Krim und dem Krieg in der Ostukraine mit den Fantasien eines »Neurussland« (Noworossija) an der Schwarzmeerküste ist die Diskussion über das Ende der Sowjetunion keine historische mehr, sondern erneut eine höchst aktuelle.

In einer Mitte Januar veröffentlichten Umfrage der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM), einem der großen russischen Umfrageinstitute, stimmten 86 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass das Ausland sich vor Russland fürchte. 75 Prozent gaben an, das gut zu finden (<<http://www.rbc.ru/society/14/01/2017/5879de479a79476614fc8652?from=main>>). Vor einigen Wochen bin ich mit der Frage »wofür Russland geachtet werden will?« schon einer ähnlichen Spur nachgegangen, (<http://russland.boellblog.org/2016/11/30/wofuer-russland-geachtet-werden-will/>). Eine Umfrage des Lewada-Instituts hatte ergeben, dass das nach Meinung von mehr als der Hälfte der Befragten die »militärische Macht« Russlands sei und seine (im russischen Sprachgebrauch meist »unsere«) Atomwaffen.

Nun zum zweiten Aspekt, der Sehnsucht nach einer »guten alten Zeit«. Beim Beschreiben dieser Sehnsucht kann ich mich weit weniger auf Umfragen stützen, als ich das bisher gemacht habe. Das Folgende ist deshalb viel mehr eine Wiedergabe der (meiner) Essenz des in vielen Gesprächen immer wieder Gehörten darüber, wie gut (besser) es in der Sowjetunion war, so gut, dass die Gesprächspartner es sich oft sparen, die heutige, natürlich viel schlechtere Gegenwart dagegen zu stellen. Das sieht dann, zugegeben hier sehr gerafft und vereinfacht zusammengefasst, etwa so aus:

In der Sowjetunion gab es so gut wie keine Alltagskriminalität. Wohnungen mussten nicht verschlossen werden, die Wohnungsschlüssel wurden unter die Fußmatte gelegt und die Wäsche konnte gefahrlos auf dem Hof aufgehängt werden, ohne schon nach Kurzem verschwunden zu sein. Jeder im Treppenhaus kannte jeden, und wenn einmal Salz oder Eier fehlten, ging man einfach zu den Nachbarn und die halfen selbstverständlich aus. In den Bussen oder der Metro standen die Menschen auf und boten älteren Menschen, schwangeren Frauen oder Weltkriegsveteranen ihre Plätze an. Am Eingang der Geschäfte brauchte man keine Wachleute, um Ladendiebstahl zu verhindern.

Die (Aus-)Bildung war selbstverständlich umsonst und gehörte zu den besten der Welt, wenn sie nicht gar die beste überhaupt war. Arbeitslosigkeit gab es nicht und jeder bekam einen Arbeitsplatz in seinem erlernten Beruf. Für Kinder gab es überall kostenlose Sportvereine, im Sommer Pionierlager und Sanatorien. Wenn jemand krank zum Arzt kam, wurde er oder sie kostenlos behandelt und wenn nötig auf Staatskosten in ein schicken Sanatorium auf Kur geschickt, auf die Krim, an die Ostsee oder in den Kaukasus.

Überhaupt: Kaukasus. Dort gab es weder Terrorismus, noch Drogen, sondern eben Kurorte mit dem besten Mineralwasser der Welt. An der Ostsee, in Lettland, marschierten keine ehemaligen SS-Angehörigen (wie heute angeblich ständig), sondern dort wurden Radios und Kleinbusse in hoher Qualität hergestellt. Und in der Ukraine (unserer Ukraine!) gab es anstelle von Bandera-Anhängern mit Hakenkreuzen und Faschisten auf dem Maidan und in der Regierung endlose Getreidefelder und weltweit führende Weltraumtechnologie (abgesehen von der Krim, die schon damals nicht wirklich mit der Ukraine in Verbindung gebracht wurde).

Polizisten waren in der Sowjetunion nicht geldgierig und korrupt, sondern, fast wie in Deutschland, dein Freund und Helfer. Und wenn sie geholfen hatten, legten sie die Hand an die Schirmmütze und verabschiedeten sich höflich und freundlich. Wer heiratete, bekam vom Staat eine Einzimmerwohnung und wenn das erste Kind da war, wurde daraus schnell eine Zweizimmerwohnung. Im Fernsehen gab es nicht ständig Leichen, Prostituierte, Drogenabhängige und andere Widerwärtigkeiten zu sehen und auch keine schlechten Fernsehshows, sondern hochwertige Filme mit klarer moralischer Aussage, sowjetischen Helden und ganz viel Kultur. In der Sowjetunion gab es keine Inflation, sondern Sicherheit. Man musste keine Preise vergleichen, denn die Preise waren überall gleich. Die Löhne und Gehälter waren zwar nicht hoch, aber zum Leben reichte es, die Unterschiede waren klein und zudem wurden die Löhne jedes Jahr ein wenig erhöht.

Nun sollte man nach dieser Erzählung vom angeblich so guten und sorglosen Leben in der Sowjetunion nicht denken, die Leute in Russland wären dumm. Nein, auch sie wissen, dass die Sowjetunion kein Paradies war. Man muss nur ein wenig nachfragen und schon tauchen auch viele negativen Seiten aus dem Dunkel der Erinnerung auf. Es gab mehr oder weniger klare Grenzen, was möglich war und was nicht, was erlaubt war und was nicht. Die Geschäfte waren oft leer und viele Waren kaum oder nur in schlechter Qualität zu bekommen. Natürlich gab es Korruption. Natürlich gab es den KGB und die Kommunistische Partei. Natürlich gab es die geschlossenen Grenzen. Natürlich gab es viele Verbote, ausgesprochene und unausgesprochene. Und viele erinnern sich auch an den stalinistischen Terror. Doch der Vergleich zu heute wird nicht mit der Stalinzeit gezogen, sondern mit der späten Sowjetunion, der Sowjetunion der 1970er und der frühen 1980er Jahre. Das war eine Zeit, in der Menschen, die sich ein wenig anpassen, tatsächlich mehr oder weniger vom Staat in Frieden gelassen wurden. Politische Verbote gab es immer noch viele, aber die direkte politische Verfolgung war eben kein allumfassender Terror mehr, wie noch eine Generation zuvor. Im Vergleich konnten viele Menschen also aufatmen. Auch materiell können diese 15 bis 20 Jahre durchaus als das silberne (wenn schon nicht goldene) Zeitalter der Sowjetunion bezeichnet werden. Wenn in Russland glückliche, sorglose Urlaubs- oder Familienfotos gezeigt werden, vom Strand, von der Datscha oder einer Tour durch Sibirien, dann stammen sie oft aus dieser Zeit.

Wohl auch deshalb wird heute in Russland in der Rückschau das Leben in der Sowjetunion selten unter dem Aspekt von eingeschränkter Freiheit betrachtet. Viel mehr steht, auch und besonders im Vergleich zur heute unvergleichlich größeren Freiheit, eher das Behütende, Betreuende im Vordergrund. Man könnte diese Erinnerung (bei Nostalgie nicht selten) auch eine Art Selbstinfantilisierung nennen. Die Sowjetunion wird darin zu einem riesigen Kinderzimmer. Der sowjetische Staat tritt an die Stelle der Eltern. Er legt die Regeln fest und straft auch bei Übertretung. Nicht immer ist er gerecht, aber wer ist das schon. So sind Eltern eben, für Kinder letztlich unhinterfragbar. Denn sie kümmern sich ja. Im Kinderzimmer ist die Welt immer in Ordnung. Unordnung bricht nur von außen herein. Und in der Erinnerung vieler Menschen schützte der sowjetische Staat gut vor diesem Außen. Er nahm den Menschen die größten Lebenssorgen ab. Er war, um im Bild zu bleiben, zwar autoritärer Vater, aber eben auch Ernährer.

Die heutige Freiheit, in der die Menschen für sich selbst sorgen müssen und vom (russischen) Staat, der seine Daseinsschutzfunktionen entgegen aller staatlicher

Rhetorik kaum noch wahrnimmt, weitgehend alleine gelassen werden, erscheint Vielen im Vergleich gefährlich, schmutzig und unendlich anstrengend. Sie fühlen sich buchstäblich allein gelassen, mitunter unnützlich, nicht (mehr) gebraucht. Diese Menschen sehnen sich in eine imaginierte Welt zurück, in der jeder und jede (ihren/seinen) Platz hatte, in der der Staat sich kümmerte (und sei es um ideologische Zustimmung). Zudem wird in Russland die heutige Freiheit sehr oft nicht als wirkliche Freiheit empfunden, also als eine Freiheit, mit der man etwas anfangen kann, sondern vor allem als die Freiheit der Mächtigeren oder Rücksichtsloseren (als man selbst) zu machen was sie wollen. Freiheit ist für viele Menschen heute ein Synonym für Willkür.

Dazu passt, dass die gleichen gut 80 Prozent der Menschen, die heute in Umfragen angeben, Wladimir Putin zu unterstützen, auch sagen, dass sie keinerlei Einfluss auf die Politik haben. Auch die (nüchtern und von außen gesehen) oft naiv wirkende Hoffnung auf einen guten Präsidenten, der, wenn er nur wüsste und könnte, all den Bösewichten den Garaus machen, den korrupten Beamten das Handwerk legen und den auswärtigen Feinden zeigen wird, dass mit Russland nicht zu spaßen ist, hat hier ihre Wurzeln.

Zum Schluss: Wenn die Erinnerung an die Sowjetunion nun so viele wärmende und bedauernde Gefühle hervorruft, wie sieht es dann mit dem Wunsch aus, zu einem ähnlichen System zurück zu kehren? In der oben bereits zitierten Lewada-Umfrage vom vorigen Dezember sprachen sich 58 Prozent der Menschen für eine Wiederherstellung der Sowjetunion aus. Allerdings glaubten nur 14 Prozent, dass das realistisch wäre, während 44 Prozent derer, die die Sowjetunion wiederhaben wollen, nicht daran glaubten, dass ein Zurück zur Sowjetunion möglich sei. Mit 31 Prozent sprach sich immerhin ein Drittel der Befragten strikt gegen eine Rückkehr zum sowjetischen System aus.

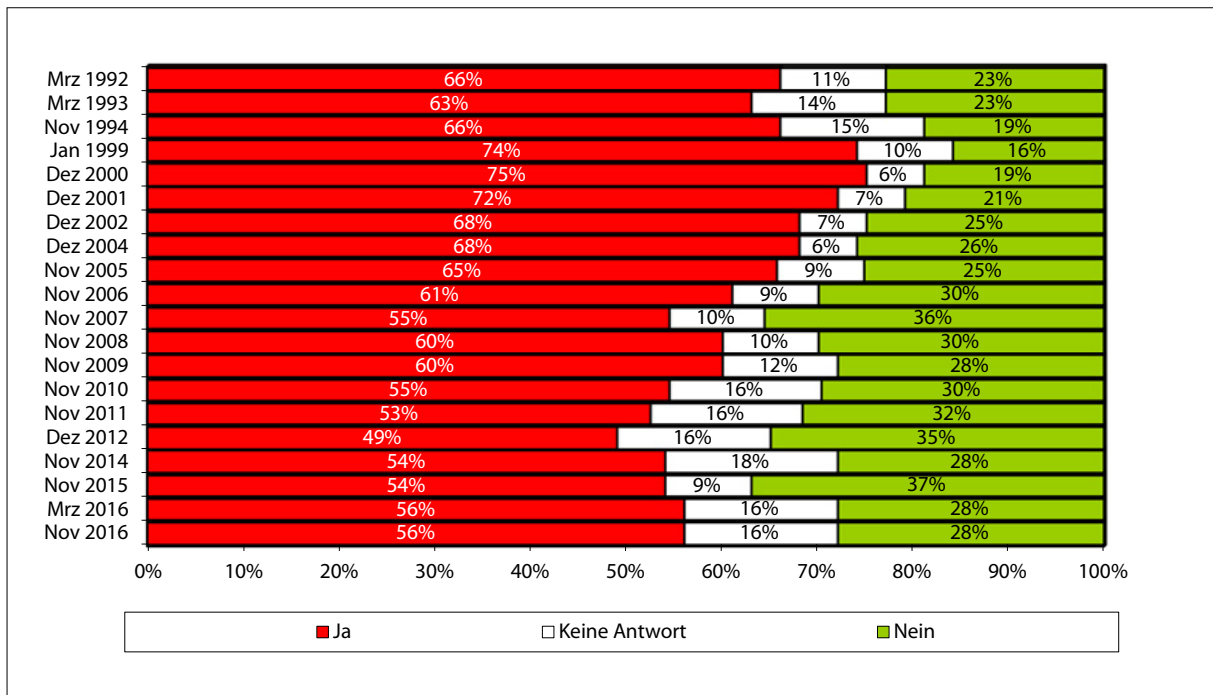
25 Jahre nach dem Ende der Sowjetunion gibt es in Russland wenig Hoffnung auf die Zukunft. Der wirtschaftliche Aufschwung in den 2000er Jahren wirkt aus heutiger Sicht wie ein Strohfeder. Er hat gewärmt. Man möchte ihn nicht missen und möglichst nicht mehr sehr weit hinter dieses Niveau materiellen Wohlstands zurück. Auch wenn er nur für eine recht schmale großstädtische Mittelschicht tatsächlich das Wort »Wohlstand« verdient, für die meisten Menschen im Land aber kaum mehr als Nicht-Armut war, so war doch gerade diese Nicht-Armut nach dem tiefen Fall der 1990er Jahre ein wirklicher und Wladimir Putin zugeschriebener Fortschritt. Nun aber ist das Land schon seit 2008/2009 in einer mit kleineren Auf und größeren Abs anhaltenden Krise. Ein Ende der Krise ist trotz aller Versicherungen der Staatsführung nicht abzusehen. Sie bietet dem

Land, sozusagen im Austausch, eine Wiederkehr gewesener Größe. »Make America great again«, der Trump-Slogan, hört sich in Russland wie eine hollywoodsche, weil ein wenig enthusiastische Übersetzung von Putins »Russland wieder von den Knien erheben« an. Er ist rückwärtsgewandt und erzählt vom vorausgegangenen Verfall. Er erzählt aber auch von einer (angeblich oder

tatsächlich) guten Vergangenheit. Die zugänglichste, weil nächste und damit die geeignetste Vergangenheit dafür ist in Russland die späte Sowjetunion.

Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <<http://russland.boellblog.org/>>.

Grafik 12: Bedauern Sie den Zerfall der UdSSR?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 18.–21. November 2016, <<http://www.levada.ru/2016/12/05/raspad-sssr-prichiny-i-nostalgiya/>>, 6. Dezember 2016

CHRONIK

1. – 19. Januar 2017

01.01.2017	Ministerpräsident Dmitrij Medwede drückt in einem Telefonat mit seinem türkischen Amtskollegen Binali Yıldırım sein Beileid für den Terroranschlag in einem Istanbul Nachtclub aus, zu dem sich die Terrormiliz »Islamischer Staat« bekannt hat. Die beiden Ministerpräsidenten betonen die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit im Kampf gegen den internationalen Terrorismus.
02.01.2017	Die Luftwaffen der Türkei und Russlands führen erstmals gemeinsame Luftschläge gegen die Terrormiliz »Islamischer Staat« (IS) im Norden Syriens durch. Innerhalb der vergangenen 24 Stunden sollen 111 Ziele beschossen und dabei 22 Mitglieder des IS getötet worden sein.
02.01.2017	Insgesamt 35 Mitarbeiter russischer diplomatischer Einrichtungen treffen in Moskau ein, nachdem sie aufgrund mutmaßlicher Nebentätigkeiten für den russischen Geheimdienst und vor dem Hintergrund der Hackerangriffe während des Präsidentschaftswahlkampf aus den USA ausgewiesen worden waren.
04.01.2017	Der »Kongress der Intelligenzija«, ein Zusammenschluss kritischer Intellektueller, bittet in einem offenen Gesuch an den Föderalen Strafvollzugsdienst um Auskunft über den Aufenthaltsort des Oppositionellen Ildar Dadin, der derzeit eine zweieinhalb jährige Haftstrafe wegen wiederholtem Verstoß gegen das Demonstrationsrecht verbüßt. Dadin war Anfang Dezember in eine andere Strafkolonie verlegt worden seither ist sein Verbleib unbekannt. Zuvor hatte Dadin mehrfach über Folter in der Haft berichtet.
04.01.2017	Zwei russische Kriegsschiffe treffen zu einem fünftägigen Besuch für gemeinsame Militärübungen auf den Philippinen ein, bei denen der Kampf gegen Piraterie und Terrorismus trainiert werden soll.
05.01.2017	In St. Petersburg blockieren ca. zehn Fernfahrer aus Protest gegen die gebührenpflichtige Durchfahrt auf der Westlichen Schnellstraße (ShSD) für rund eine Stunde die Auffahrt auf die Straße. Eine Person wird infolge der Aktion festgenommen.
06.01.2017	Nach der Eroberung der syrischen Stadt Aleppo durch die syrische Armee kündigt Russland einen Teilabzug seiner Streitkräfte aus Syrien an. Generalstabschef Walerij Gerasimow zufolge sollen zuerst der Flugzeugträger Admiral Kusnezow, der Raketenkreuzer »Peter der Große« sowie mehrere Begleitschiffe die Region verlassen.
06.01.2017	Die US-Geheimdienste CIA und NSA sowie die Bundespolizei FBI veröffentlichen ein gemeinsames Papier < https://www.dni.gov/files/documents/ICA_2017_01.pdf >, in dem dargelegt wird, dass der russische Präsident Wladimir Putin eine Cyber-Kampagne angeordnet habe, um den Ausgang der amerikanischen Präsidentschaftswahlen zu beeinflussen. Ziel sei es gewesen, das öffentliche Vertrauen in den demokratischen Prozess in den USA zu untergraben und die Wahlchancen von Hillary Clinton zu schmälern.
07.01.2017	In der Nacht zum siebten Januar versammeln sich tausende Gläubige in der Christi-Erlöser-Kathedrale in Moskau zur Weihnachtsmesse, die vom Oberhaupt der Russischen Orthodoxen Kirche, Patriarch Kirill, abgehalten wird.
07.01.2017	Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) erklärt, es gebe Hinweise dafür, dass die russische Regierung den Hackerangriff auf Computer der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) im Dezember in Auftrag gegeben habe.
08.01.2017	Die Stellvertretende Leiterin der Gesellschaftlichen Beobachtungskommission (ONK) in Moskau, Jewa Merkatshewa, erklärt, dass sich der Oppositionelle Ildar Dadin seit dem 7. Januar in einer neuen Haftanstalt befindet. Den Angaben seiner Frau zufolge sei er nun in der Stadt Rubzowsk in der Region Altaj inhaftiert.
08.01.2017	In der tschetschenischen Republikshauptstadt Grosnyj protestieren mehrere Tausend Menschen gegen die Terrormiliz Islamischer Staat und warnen die Jugend, nicht dem Einfluss der Propaganda zu unterliegen.
10.01.2017	Der Gouverneur St. Petersburgs, Georgij Poltawtschenko, erklärt, die Frage der Übergabe der Isaaks-Kathedrale (bisher ein staatliches Museum) an die Russische Orthodoxe Kirche sei entschieden. Die Kirche werde die Kosten für den Unterhalt des Gebäudes tragen und Museumsfunktion soll weiterhin erhalten bleiben.
11.01.2017	Der designiert US-Präsident Donald Trump macht bei seiner Pressekonferenz in New York erstmals Russland für die Hackerangriffe während des US-Präsidentschaftswahlkampfes verantwortlich. Im Vorfeld hatte Trump ein Gespräch mit Verantwortlichen der US-Geheimdienste geführt. Kurz vor der Pressekonferenz war auf der Plattform »buzzfeed.com« ein Papier öffentlich gemacht worden, das schon seit Monaten in Washington kursierte. Darin sind – ohne Belege – Materialien zu Skandalgeschichten aus Trumps Privatleben und seinen Geschäftsbeziehungen nach Russland zusammengestellt. Diese Materialien wurden angeblich vom russischen Geheimdienst in den letzten Jahren gesammelt, und könnten nun dazu dienen, Trump zu erpressen. Trump bezeichnet dieses Papier als Fälschung. Auch Russland weist die Meldungen zurück.
11.01.2017	Während einer Spezialoperation im Rayon Kurtshaloj (Tschetschenien) werden vier mutmaßliche Mitglieder einer »illegalen bewaffneten Formation« (NVF) getötet und eine Person festgenommen. Die Operation soll eingeleitet worden sein, nachdem Informationen über einen geplanten Angriff auf eine Abteilung des tschetschenischen Innenministeriums bekannt geworden waren. Bei dem Einsatz wird auch ein Sicherheitsbeamter getötet.

12.01.2017	In Moskau wird zum achten Mal die internationale Konferenz zu Wirtschaftsfragen, das »Gaidar-Forum«, eröffnet, das drei Tage lang andauern wird. Zentrales Thema der Konferenz ist die Frage nach dem Weg aus der Wirtschaftskrise in Russland.
13.01.2017	Diplomaten Russlands, der Türkei und des Iran besprechen bei Konsultationen in Moskau die Vorbereitung der Friedensverhandlungen zwischen der syrischen Führung und syrischen Rebellen in der kasachischen Hauptstadt Astana, die für den 23. Januar angesetzt sind.
13.01.2017	Hunderte Personen demonstrieren in St. Petersburg gegen die geplante Rückgabe der Isaaks-Kathedrale an die Russische Orthodoxe Kirche. Unter den Gegnern befinden sich der Russische Museumsverband und die Oppositionsparteien »Jabloko«, »Gerechtes Russland«, »PARNAS«, »Offenes Russland« sowie die »Partei des Wachstums«.
14.01.2017	Im Zentrum Moskaus findet eine unangemeldete Demonstration statt, in deren Verlauf mehr als 40 Personen festgenommen werden. Die rund 50 Teilnehmer forderten die Genehmigung einer Demonstration gegen die Krise und Unterstützung für den inhaftierten Oppositionellen Ildar Dadin. Zu dem Protest hatte die Organisation »Neue Opposition« aufgerufen.
15.01.2017	Russland stimmt nach eigenen Angaben einer OSZE-Militärinspektion durch ukrainische Offiziere in einem Teil des Gebiets Rostow am Don zu, die vom 16. bis 19. Januar durchgeführt werden soll. Das Gebiet Rostow grenzt an die ostukrainischen Gebiete Donezk und Luhansk, wo seit 2014 prorussische Separatisten gegen ukrainische Regierungstruppen kämpfen.
16.01.2017	Die Ukraine reicht beim Internationalen Gerichtshof der UN in Den Haag Klage gegen Russland ein. Laut dem ukrainischen Außenministerium verstoße Russland aufgrund von Waffenlieferungen und anderer Hilfe für die prorussischen Separatisten im Kriegsgebiet in der Ostukraine gegen die UN-Konvention gegen die Finanzierung des Terrorismus.
16.01.2017	Präsident Wladimir Putin unterzeichnet einen Erlass über die Einrichtung des »Tag der Nationalgarde« am 27. März.
16.01.2017	Der unabhängige Fernsehsender Doschd berichtet, dass der Aktionskünstler Pjotr Pawlenskij und seine Familie aus Russland ausgewiesen seien und in Frankreich politisches Asyl beantragen wollten, da derzeit in Russland ein Vorwurf gegen Pawlenskij und seine Frau wegen sexuellen Übergriffs geprüft werde. Pawlenskij bestreitet die Vorwürfe und sieht diese als Versuch, ihm und seiner Frau etwas anzuhängen.
17.01.2017	Präsident Wladimir Putin empfängt den Präsidenten von Moldau, Igor Dodon, in Moskau zu dessen ersten Auslandsbesuch seit der Amtsübernahme im Dezember 2016. Zentrale Themen der Zusammenkunft waren Handels- und Migrationsfragen sowie der Transnistrien-Konflikt.
17.01.2017	Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt Russland wegen eines Adoptionsverbots für US-Bürger und ordnet 3000 Euro Schadensersatz pro Paar an. Russland habe Paare aus den USA diskriminiert, da es ihnen allein aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit eine Adoption russischer Kinder verweigerte. Das entsprechende russische Gesetz, das sogenannte »Dima-Jakowlew-Gesetz«, war 2013 verabschiedet worden und hat auch bereits laufende Adoptionsverfahren durch US-Bürger gestoppt.
18.01.2017	Generalleutnant Sergej Rudskoj vom russischen Generalstab teilt mit, dass Russland und die Türkei erstmals gemeinsam Luftangriffe gegen Kämpfer der Terrormiliz Islamischer Staat nahe der Ortschaft Al-Bab in der syrischen Provinz Aleppo flogen. Insgesamt sind 17 Kampfflugzeuge an dem Einsatz beteiligt, darunter neun der russischen Streitkräfte und acht der türkischen Luftwaffe.
18.01.2017	Präsident Wladimir Putin bespricht in einem Telefonat mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem französischen Präsidenten François Hollande die Lage in der Ostukraine und die weitere Umsetzung der Minsker Vereinbarungen.
19.01.2017	Das russische Verfassungsgericht erklärt, es könne den Beschluss des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte aus dem Jahr 2014 über eine Entschädigung von 1,866 Milliarden Euro als Abfindung für die früheren Eigentümer des zerschlagenen Ölkonzerns Jukos nicht umsetzen, da dies die Verfassung verletze.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Hans-Henning Schröder (verantwortlich), Julia Glathe

Sprachredaktion: Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2017 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftlern mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Partner der deutschsprachigen Analysen zur postsowjetischen Region ist das Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, Partner der Polen-Analysen ist das Deutsche Polen-Institut. Partner der englischsprachigen Analysen ist die ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.



Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige wissenschaftliche Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/>